

Arbeiter-Zeitung

Dienstag, 20. Mai 1930
12. Jahrgang, Nummer 115

Preis: 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf. unter Streifenband 8,00 Pf. unter Willmetzerelle ober deren Sammlungsbogen 6 Pf. Willmetzerelle ober deren Raum im Zeitungs-Verkauf 4 Pf. — Schlusssatz in den Willmetzerellen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, Kreuzstr. 50, Tel. 500 30.
Verlag: Breslau 44, Woblaststr. 11, Tel. 239 02.
Montags bis Freitag von 17-18 Uhr. Illustrierte Beilage: 11, Tel. 239 02.
Verlag: Breslau 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8-19 Uhr. Geschäftsstelle: Hauptverlag Breslau, Verlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlags-Gesellschaft, Breslau. — Druck: „Kunze“, G. l. Breslau, Kreuzstr. 50.

Die Toten der Concordia-Grube flagen an

Kommunistische Landtagsfraktion fordert Bestrafung der Schuldigen u. Hilfe für die Hinterbliebenen

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtages hat am 16. Mai folgenden Antrag eingebracht:
„Am 12. Mai 1930, vormittags gegen 10 Uhr, ereignete sich auf der Concordia-Grube in Hindenburg ein schweres Grubenunglück. Durch ein im ober-schlesischen Bergbau allgemein bekanntes Abheben der Kohle wurden im Andreasflöz der 311-Meter-Sohle genannter Grube sieben Bergarbeiter getötet. Gleichzeitig erfolgte eine wahrscheinlich durch eine schadhafte Benzinlampe gezündete Schlagwetterexplosion, durch die drei weitere Arbeiter getötet wurden. Einige Tage vorher hatte sich vor demselben Betriebspunkt bereits durch Abheben der Kohle ein Unglück ereignet, bei dem der Bauer Blazil verunglückte.
Ohne Zweifel ist das große Unglück vom 12. Mai, bei dem zehn Bergarbeiter, darunter ein Steiger, getötet wurden, zurückzuführen auf die Außerachtlassungen auch der geringsten Sicherheitsvorschriften. Nachdem einige Tage vorher schon die Gebirgsschläge einsehbar und der Bauer Blazil verunglückte, hätte der betreffende Betriebspunkt so lange stillgelegt werden müssen, bis das Gebirge zum Stillstand gekommen wäre. Jumindest hätte eine Sicherung der Arbeiter vor der hereinbrechenden Kohle getroffen werden müssen.
Weber das eine noch das andere ist geschehen. Man hat die Arbeiter ruhig in dem gefährlichen Betriebe belassen, bis das

Unglück geschah. Diese große Nachlässigkeit in der Befolgung sicherheitlicher Maßnahmen ist keine Zufälligkeit, sondern eine allgemeine Erscheinung im ober-schlesischen Bergbau, auf die von der kommunistischen Fraktion schon wiederholt hingewiesen wurde. So wurde noch in der Großen Anfrage, Drucksache 404, auf die außergewöhnliche Steigerung der Unfälle in den ober-schlesischen Gruben, die eine Folge der Vernachlässigung der Sicherheitsvorschriften durch die Zechenverwaltungen und Bergbehörde sind, aufmerksam gemacht.
An dem Tode der am 12. Mai verunglückten Bergarbeiter tragen darum in erster Linie die Zechenverwaltung und die Bergbehörde die Schuld.
Der Landtag wolle daher beschließen: „Das Staatsministerium wird ersucht, 1. die schuldigen Zechenbeamten und die der Bergbehörde unverzüglich festzustellen, und sie von dem verantwortlichen Posten als Bergaufsichtsbeamte zu entheben. Gleichzeitig ein Strafverfahren wegen fahrlässiger Tötung von zehn Bergarbeitern gegen die Schuldigen einzuleiten. 2. Die „Ver-einigten Oberschlesische Hütten AG.“ zu verpflichten, sofort einen entsprechenden Betrag zur Unterstützung der Hinterbliebenen der Verunglückten und der Schwerverletzten zur Verfügung zu stellen.“

Rüstet zum 25. Mai zum Beginn der Werbekampagne der „Arbeiter-Zeitung“!

Breslau, 19. Mai. Die Straßenzelle IV des Stadtteils Breslau-West erzielte bei ihrer gestrigen Landtagation in Stabeswig folgendes Ergebnis: 50 Broschüren und 30 Arbeiterzeitungen verkauft, acht Neuaufnahmen für die Partei, zwei Vertrauensmänner zur Bildung neuer Ortsgruppen in Herrnpfaff und Groß Maffel-wig gewonnen.

Der VII. Bezirksparteitag in Oberschlesien

Hindenburg, 19. Mai. Am Sonnabend und Sonntag tagte hier der 7. Bezirksparteitag der kommunistischen Partei Oberschlesiens. Beinahe 100 Delegierte, die vormiegend den Betriebszellen aus den Gruben, in den Hüttenwerken und bei der Reichsbahn angehörten, nahmen an den Beratungen teil. Am Sonnabend fand auf dem Reigensteinplatz eine wichtige Kundgebung der Hindenburg-Arbeiterklasse gegen die Ermordung der elf Kumpels auf der Concordia-Grube statt, die sich zu einer flammenden Solidaritätskundgebung für die kommunistische Partei, ihren 7. Parteitag und das Kampfbündnis der deutsch-polnischen Arbeiterschaft gestaltete. Mehrere Tausend lauschten begeistert den Ansprachen der Redner.
Im Auftrage des bolschewistischen Zentralkomitees zur SPD sprach Heinz Reumann unter fürstlichem Beifall der versammelten Arbeiter. Weiter sprach ein Genosse aus dem Ruhrgebiet, ein roter Betriebsrat von der Königin-Luise-Grube. Ein polnischer Genosse schilderte kurz die Situation im schlesischen Polen und forderte die deutschen Arbeiter zur Solidarität mit der heldenmütigen revolutionären polnischen Arbeiterklasse auf. Viele polnische Arbeiter, die an der Kundgebung teilnahmen, bekundeten in polnischer Sprache durch lebhafteste Zurufe ihre Zustimmung. Im Anschluß an die Kundgebung bewegte sich ein gewaltiger Demonstrationzug durch die Straßen zum Tagungslokal des Bezirksparteitages. Ebenso wie die Kundgebung, war der Bezirksparteitag getragen vom Geist des revolutionären Internationalismus. In den Beratungen des Bezirksparteitages verpöbte man schon den ersten Hauch der heranreifenden Revolution in Polen.

Der Young-Plan in Kraft

Berlin, 18. Mai. Nachdem sämtliche an den Verhandlungen der Haager Konferenz beteiligten Staaten den „Neuen Plan“ ratifiziert haben, und die Reparationskommission in ihrer Sitzung am Freitag festgestellt hat, daß alle Vorbedingungen erfüllt sind, ist der Young-Plan nunmehr in Kraft getreten. Jahraus, jahrein, bis zum Jahre 1988, soll das deutsche Proletariat, sollen die Massen der Werktätigen in Stadt und Land die verdoppelte Sklaverei für die deutsche Bourgeoisie und das ausländische Finanzkapital erdulden. Die jährlichen Reparationszahlungen, die mit 1817,4 Millionen Mark beginnen, im Jahre 1935 auf 2004 Millionen ansteigen, 1965 die Summe von 2438,1 Millionen erreichen, sollen aus den Knochen des deutschen Proletariats, aus dem Hunger der Erwerbslosen, aus der Not der Rentner, der Krüppel, der Kriegshinterbliebenen und aus der Ausbeutung der Betriebsarbeiter herausgepreßt werden. 113,9 Milliarden Mark — mit Einschluß der bereits geleisteten Zahlungen auf Grund des Dawes-Planes insgesamt 121,9 Milliarden, — diese ungeheuerliche Last an Reparationsschulden hat die deutsche Bourgeoisie den imperialistischen Siegermächten des vergangenen Weltkrieges als Beute zu gesprochen.
Nachdem nun auch die deutsche Regierung der Parafür internationale Zahlungen das Schuldenzertifikat übergeben hat, das im Haager Abkommen in Aussicht genommen war, hat der französische Ministerpräsident Lardieu den Befehl zur Räumung der dritten Rheinlandzone gegeben.

vorzulesen, die den Mut aufbrachte, den Young-Plan einfach von sich für ungültig zu erklären“, da antwortete der Führer der SPD, Genosse Ernst Thälmann, in seiner programmatischen Reichstagsrede vom 11. Februar auf diese Herausforderung der Sozialfaschisten mit der Erklärung:
„Wir vermögen uns eine solche Regierung in Deutschland vorzustellen, die den Young-Plan auf revolutionärem Wege rückstandslos annullieren wird. Es ist die deutsche Sowjetregierung, die künftige Regierung des siegreichen deutschen Proletariats. Wir kämpfen, um an Stelle des jetzigen Young-Deutschlands ein Sowjetdeutschland aufzurichten.“
Die Kampffront gegen die Young-Sklaverei, die Kampffront, die die Ketten des Young-Planes zerschmettern soll, sie wird im täglichen Klassenkampf der deutschen Arbeiter in den Betrieben, auf den Stempelstellen, auf den Straßen der Städte wie auf dem Lande geschmiedet. Nur eine Führung kann es in diesem Kampfe geben: die kommunistische Partei und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Das NSB-Verbot muß fallen!

Arbeiter! Klassengenossen!

Die sozialdemokratischen Lakaien des Bürgerblodes haben zu einem neuen Schandstreich gegen das Proletariat ausgeholt. Wenige Tage nach dem wichtigen Protestaufmarsch der Berliner Arbeiterschaft gegen das niederträchtige Verbot des Roten Frontkämpferbundes, das sich kürzlich zum ersten Male jährte, hat der sozialdemokratische Polizeipräsident Fürst die Berliner Kampfkomitee gegen das NSB-Verbot für aufgelöst erklärt. In Hamburg hat der sozialdemokratische Polizeikommissar Schönfelder bereits vor einigen Wochen eine vom Kampfkomitee gegen das NSB-Verbot einberufene öffentliche Versammlung durch seine Polizei überfallen und sämtliche Teilnehmer verhaften lassen und gegen alle weiteren Kundgebungen des Kampfkomitees ein generelles Verbot erlassen.
All das läßt erkennen, daß es sich bei diesen Polizeimaßnahmen um einen planmäßigen, von der Stahlhelm-Bürgerblodregierung angeordneten und von den sozialfaschistischen Polizeipräsidenten durchgeführten Angriff auf die Koalitionsfreiheit des Proletariats handelt. Während der Faschist Fried das Verbot faschistischer Organisationen aufhebt und seine Halenkreuzbänder von Tag zu Tag strecher werden, während die Stahlhelmführer mit Hindenburg und seiner Bürgerblodregierung über die Aufhebung des Stahlhelmverbots für Rheinland-Westfalen verhandeln, während der Zentrumsmann Wirth und der sozialdemokratische Ministerpräsident in Preußen, Otto Braun, systematisch die Aufhebung dieses Teilverbots der faschistischen Bürgerkriegsgarden vorbereiten, soll die in den letzten Wochen mächtig aufgestaute Protestbewegung gegen das Verbot des NSB durch brutale Polizeigewalt niedergeschlagen werden. Es soll der Arbeiterschaft das Recht geraubt werden, gegen das NSB-Verbot die Stimme ihres Protestes zu erheben und für die Aufhebung dieses niederträchtigen Verbotes zu kämpfen.
Und wieder find es die SPD-Führer, die im Dienste und im Auftrage des Bürgerblodes diesen Schandstreich gegen das Proletariat durchführen. Sozialdemokratische Minister waren es, die vor einem

Jahre den NSB außerhalb des Gesetzes stellten und in die Illegalität drängten. Sozialdemokratische Polizeipräsidenten sind es, die heute der Arbeiterschaft verbieten wollen, für die Aufhebung dieses schändlichen Verbotes und für die Legalität ihrer Wehr- und Schutzorganisation zu kämpfen.
Über die Arbeiterklasse wird sich nie und nimmer dieses Recht streitig machen lassen. Die wichtigen Massenkundgebungen und Demonstrationen, die am Jahrestage des NSB-Verbotes in allen Teilen des Reiches stattfanden, legen Zeugnis ab von der Empörung der breiten Arbeitermassen über die Fortdauer des NSB-Verbotes und von ihrem entschlossenen Willen, den Kampf gegen das Verbot ihrer Behrungsorganisation mit verstärkter Kraft weiterzuführen.
Das Reichskomitee gegen das NSB-Verbot appelliert an die gesamte Arbeiterklasse, im Kampf gegen die Unterdrückung des NSB nicht zu ruhen und zu rasten, bis die Fesseln des Verbotes durch die Massenkaktionen des Proletariats gesprengt sind. Das Reichskomitee fordert alle Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen, alle Massenorganisationen des Proletariats und auch die oppositionellen Arbeiter in der SPD und im Reichsbanner auf, in Versammlungen und Kundgebungen zu den neuen Unterdrückungsmaßnahmen der Förgiebel und Schönfelder Stellung zu nehmen und Protestentscheidungen gegen das Verbot des NSB und des Kampfkomitees zu beschließen.
Hinweg mit dem Verbot des NSB!
Strafe frei dem Roten Frontkämpferbund!
Millionenfürmiger muß dieser Ruf dem Bürgerblod und seinen sozialfaschistischen Agenten entgegenhallen, denn nur der Massensturm der Arbeiterklasse wird das NSB-Verbot zu Fall bringen können.
Reichskomitee gegen das NSB-Verbot
Alle Anschriften an das Reichskomitee, Protestentscheidungen und Zustimmungserklärungen sind zu richten an die Adressen: **WILF SEEM, WDA, Berlin, Reichstag.**

„Alles, was die Sozialdemokratie den Massen verheißt, erwies sich als Trug. Alles, was die kommunistische Partei über den tatsächlichen Charakter des Young-Planes signalisierte, ist durch die Wirklichkeit bestätigt worden.“
Ja, mehr noch: Schon heute — ein Jahr nach den Konferenzen der Sachverständigen in Paris und der Regierungen im Haag, wenige Monate nach der Annahme des Young-Planes durch den deutschen Reichstag, in dem Augenblick, da der Vertrag durch die Ratifizierung seitens aller beteiligten Regierungen formell in Kraft tritt, zeigt sich bereits mit vollkommener Deutlichkeit, daß die Funktion dieses imperialistischen Paktes sich auf Grund der allgemeinen Zuspitzung der Massen-situation und der ökonomischen und politischen Verhältnisse noch viel mehr zum Schaden der proletarischen Massen in Deutschland und der ganzen Welt entwickelt und verschärft hat.
Die Hungerpeitsche des Bürgerblodes und seiner sozialdemokratischen Lakaien gegen das arbeitende Deutschland, das ist innenpolitisch die lebendige Praxis der Young-Sklaverei! Die Kriegsrüstungen der Imperialisten, die in dem Fiasko der Londoner Flottenkonferenz international den gleichen deutlichen Ausdruck fanden, wie für Deutschland im Wehretat des SPD-Liebblings Groener, entlarben zugleich das Geschwätz über den Young-Plan als ein „Welt des Friedens“. Nicht umsonst wurde die Young-Aera eingeleitet mit den zwei großen Propagandaaktionen für den imperialistischen Kreuzzug gegen die Sowjetunion: den Kriegsanfaren des Papstes und der Pfaffen und der Rabbiner aller Konfessionen, sowie in den letzten Tagen dem frechen Pamphlet der Kriegskreditebewilliger der 2. Internationale! Der Young-Plan offenbart sich klar und alarmierend als imperialistischer Kriegspakt gegen die Sowjetunion.
Als in den Januar-tagen dieses Jahres bei der Beratung des Young-Planes im Reichstag der Sozialdemokrat Weitzfeld im „Vorwärt“ schrieb: „Wir vermögen uns keine Regierung in Deutschland

Nur die KPD. vertritt die Mieter

Alles, von den Sozialdemokraten bis zu den Nazis, für Mietwucher

Bei der Beratung des Etats des Arbeitsministeriums im Haushaltsausschuss des Reichstags berührte der Minister Stegerwald, daß die Auslichten für den Wohnungsbau in diesem Jahre außerordentlich trübe seien. Es würden mehr als zwei Milliarden Mark weniger zur Verfügung als im vergangenen Jahre.

Der Genosse Georg Schumann zeigte in längerer Rede den Bankrott des Wohnungsbauwesens, die dauernde Voderung des Mieterschutzes und die Steigerung der Mieten für Altwohnungen auf und wies nach, daß Neubauwohnungen deshalb leer blieben, weil die Arbeiter die teuren Mieten nicht zahlen konnten.

Gegen die Lockerung des Mieterschutzes in Thüringen

Genosse Schumann behandelte dann die Verordnungen der Brüning-Regierung in Thüringen über die Aufhebung des Wohnungsmangelgesetzes, des Mieterschutzes und die Erhöhung der gesetzlichen Miete. Ein kommunistischer Antrag verlangt, daß die Reichsregierung ihre Zustimmung zu diesen Verordnungen verweigert und Maßnahmen treffen soll, um diese arbeitserfindlichen Verordnungen unmöglich zu machen. Auf die Frage, ob das Arbeitsministerium überhaupt seine Zustimmung zu diesen Forderungen gegeben habe, gab Minister Stegerwald eine ausweichende Antwort. Auch zu diesem Antrag haben die Sozialdemokraten kein Wort gesagt und ebenso wie alle anderen Parteien in der Abstimmung den Antrag abgelehnt.

Gegen die Mietpreisenerhöhung in Preußen

Besonders scharfe Angriffe richtete Genosse Schumann gegen die preußische Regierung, die durch den staatlichen Zuschlag zur Grundvermögenssteuer von 100 Prozent die Mieten wesentlich

erhöht. Er begründete dabei den folgenden Antrag: Die Reichsregierung zu ersuchen, sofort geeignete Maßnahmen zu treffen, um die geplanten Mietpreisenerhöhungen in Preußen zu verhindern; einen Entwurf zur Änderung des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vorzulegen, wonach die gesetzliche Miete für Altwohnungen durch Reichsgesetz bestimmt wird und 100 vom Hundert nicht übersteigen darf.

Zu diesem Antrag äußerten sich weder die Regierung noch die Sozialdemokraten. Bei der Abstimmung stimmten nur die vier Kommunisten des Ausschusses dafür, während alle anderen, einschließlich der Sozialdemokraten, diesen Antrag ablehnten.

Die Kommunisten für Wohnungsbau

Da bisher von der Hauszinssteuer, die die breiten Massen mit über 2 Milliarden belastet, nur 850 Millionen zum Wohnungsbau verwendet werden, während der andere Teil in die Taschen der Länder fließt, haben die Kommunisten beantragt, 850 Millionen Mark für den Wohnungsbau in den Etat einzustellen. Zugleich fordern sie in einer Entschließung die Aufstellung eines Wohnungsbauprogramms, nach dem 375 000 Wohnungen jährlich erstellt werden sollen. Diese Wohnungen sollten nur der Arbeiterklasse zugute kommen. Ihre Finanzierung muß so geregelt werden, daß die Miete nur 15 v. H. des durchschnittlichen Lohnverdienstes der Arbeiter beträgt. Die Entschließung verlangt ferner, daß der gesamte Ertrag der Hauszinssteuer und die verfügbaren Mittel der Sozialversicherungsanstalten dem Wohnungsbau zugeführt und auch die Neubaumieter den gesetzlichen Mieterschutz genießen sollen. Auch diesen Anträgen, die im Interesse der proletarischen Mieter liegen, schenkte weder die Regierung noch die Sozialdemokratie in der stundenlangen Debatte im Ausschuss Beachtung; sie wurden gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt.

Dorpmüllers Kettenhunde

Der „Vorwärts“ veröffentlichte einen Artikel mit der Überschrift: „Die Reichsbahn gegen Arbeiter“, der sich mit den neuen reaktionären Maßnahmen der Hauptverwaltung gegen das Personal beschäftigt. Diesmal sind es die Hilfsbeamten, von denen über 80 Prozent von der Ueberführung in das Beamtenverhältnis ausgeschlossen werden sollen, d. h. sie bleiben nach wie vor Hilfsbeamte, haben aber gleichzeitig einen Beamtendienstposten hundertprozentig auszuführen. In ein Hilfsbeamter 35 Jahre alt, dann soll er nicht mehr als Beamter in Frage kommen. Die letzte Rede Dorpmüllers, wo er von der Ueberalterung des Personals sprach, zeigt auch in diesem Falle ihre Auswirkung. Die Hoffnungen der Hilfsbeamten, einmal „vollwertige“ Beamte zu werden, sind zum Teil dahin.

In diesem Zusammenhang ist es angebracht, darauf zu verweisen, daß die jeweiligen Reichsbahngewerkschaften ihre Personalpolitik zu jeder Zeit entsprechend der für sie günstigen oder ungünstigen Situation gemacht haben. Damals, als es dem Klassenbewußten Teil der Eisenbahner gelang, ihre Kollegen schneller und erfolgreicher gegen die unerhörte Ausbeutung mobil zu machen, schlug man auch in der Behandlung der Hilfsbeamten eine andere Taktik ein. Am klarsten wurde sie einmal charakterisiert in einem Aufsatz der „Berliner Börsenzeitung“ im November 1928. Dort schrieb Otto Starus:

Der neue Staat sahnte nämlich die soziale Verpflichtung, mit dem Hilfsbeamtenstand der früheren Staatseisenbahnen ein Ende zu machen und diejenigen Hilfsbeamten in das Beamtenverhältnis zu überführen, die bereits seit Jahren — bis zu 25 Jahren — Beamtendienst verrichtet hatten.

Nach längerer Ueberlegung aber war die Neugestaltung des Kontraktionsrechts für die vermehrte Anstellung von Beamten ausschlaggebend. Durch die neue Reichsverfassung wurde nämlich auch den Lohnbediensteten der staatlichen Betriebsverwaltungen die unbeschränkte Vereinigungs- und Streikfreiheit gewährt. Da nun die überwiegende Zahl der Lohnempfänger bereits damals in dem freigewerkschaftlich orientierten „Deutschen Eisenbahnerverband“ organisiert war, da weiter damit gerechnet werden mußte, daß diese Entwicklung in den kommenden Jahren noch mehr zugunsten dieser Organisation ausschlagen würde und endlich die Aufgabe der vorzüglichen Organisation der freien Gewerkschaften bekannt war, so war die Erwägung durchaus verständlich, die Lohnempfänger im Betriebsdienst auf das notwendige zu beschränken, um auch im Streikfall die Fortführung des Betriebes auf jeden Fall zu sichern.

Zweifellos war die damalige Verwaltung der Reichsbahn noch nicht ganz klar darüber, — trotz der Bel der Gründung des „Deutschen Eisenbahnerverbandes“ von den Führern abgegebenen Erklärung, daß für diese Organisation der Streik als Waffe zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht in Frage komme —, welche Strömung, die reformistische oder die radikale, in Zukunft bei den Eisenbahnern führend sein werde. Deshalb die Taktik, eine vermehrte Anstellung von Beamten, um bei einem Streik die Fortführung des Betriebes zu sichern.

Jetzt aber, wo die Reichsbahnhauptverwaltung ganz offen die Zustimmung der reformistischen Gewerkschaftsführer zu all ihren Handlungen bekommt, wo sie sieht, daß die sozialfaschistische Bürokratie ihren ganzen Apparat einstellt zur Bekämpfung der Opposition, wo diese Leute also im wahrsten Sinne des Wortes

Kettenhunde der Verwaltung

sind, pfeift sie auf die vermehrte Anstellung von Beamten, das kostet ihr Geld. Die Verwaltung weiß, daß sie sich nicht von reformistischen Gewerkschaftsführer verlassen kann, die es um ihre wichtigste Aufgabe betrachten, jede ernsthafte Bewegung der Eisenbahner im Keime zu ersticken. Außerdem hat sie sich von den Sozialdemokraten mitgeschaffene Töne, den Bauern und den Bahnposten als treue Hüter der kapitalistischen Interessen.

Für die Ueberführung der Hilfsbeamten in das Beamtenverhältnis hat die Reichsbahnhauptverwaltung kein Geld, um so mehr aber Millionen für die hier genannten Einrichtungen bzw. Organisationen gegen das Personal.

Wenn der „Vorwärts“ schreibt: „Der Einheitsverband der Eisenbahner denkt nicht daran, sich mit den geschilderten, höchst unsozialen Absichten der Reichsbahnverwaltung abzufinden“ und dann seine Hoffnung auf die Zusammenfassung des zukünftigen Verwaltungsrates setzt, dann ist schon der Beweis erbracht, daß die Reformisten in der Frage der Behandlung der Hilfsbeamten durch die Hauptverwaltung keinen Finger rühren werden, außer dem bekannten Geschrei in der Presse.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft auch die Hilfsbeamten, die genau so wie die Arbeiter, die unteren und mittleren Beamten der unerhörten Ausbeutung der Hauptverwaltung unterliegen, auf, eine gemeinsame Kampffront zu bilden. Arbeiter, untere und mittlere Beamte gehen zusammen im Kampfe gegen Reformismus und die Hauptverwaltung.

„Was die Arbeiter denken, ist uns schnuppe“

SPD.-Müller Lichtenberg begrüßt die neuen Massensteuern — Eingeständnis der Abkommandierung der SPD.-Abgeordneten — „Die Kommunisten halten an den sozialistischen Steuergrundsätzen fest“

Kaum eine SPD.-Versammlung vergeht, in der nicht sozialdemokratische Arbeiter ihrer Enttäuschung über die Politik ihrer Führer Ausdruck verleihen. Da der „Vorwärts“ und die übrige SPD.-Presse niemals Tatsachenberichte veröffentlicht, kommen die empörten SPD.-Arbeiter zur „Kotzen“ mit ihren Berichten, damit die sozialdemokratischen Arbeiter durch ihre Spalten erfahren können, was eigentlich in der SPD. vor sich geht.

Wir greifen einen Bericht der Lichtenberger Kreismitgliederversammlung, die am 14. Mai stattfand, heraus. Der Vorsitzende teilte bei der Eröffnung mit, daß Hermann Müller, Lichtenberg, eingeladen war, um sich über sein Fernbleiben bei der entscheidenden Reichstagsabstimmung gegen die Brüning-Regierung vor der Mitgliedschaft zu verantworten.

Der Referent Strobel sprach über die Steuerpolitik der SPD. und führte aus:

„Bis 1914 vertrat die Partei eine konsequente Steuerpolitik. Jetzt vertreten einzelne Parteifreie die Ansicht, daß indirekte Steuern nicht mehr abzulehnen sind. Ich glaube, daß diese neue Theorie aus Koalitionsrücksichten entstanden ist, um der Arbeiterchaft unser Zurückweichen schwachhaft zu machen.“

Die Kommunisten halten an den sozialistischen Steuergrundsätzen fest; wie sollen wir verhindern, daß die Arbeiter den Kommunisten nachlaufen.“

Nach dem Referat trat Hermann Müller auf. Bereits nach wenigen Minuten hagelte es Zwischenrufe. Die empörten Arbeiter ließen den zynischen Bogen oft minutenlang nicht zu Worte kommen. Hermann Müller erklärte:

„In der Einladung war nicht die Rede, weshalb ich kommen sollte (Zwischenruf: Das hättest du dir denken können!) und ich wäre deshalb fast wieder nach Genf gefahren (das ist ja auch wichtiger!). Sowohl, das kann wichtiger sein, ich hatte wichtige

Arbeiten in Genf. (Zwischenruf: Wenn ihr überlastet seid, könnt ihr zurücktreten! Wir haben andere fähige Leute!) Hermann Müller: „Was Sie glauben, ist mir schnuppe“. Zwischenruf: Unerhört! Abtreten! „Ich habe keine Notwendigkeit, mich zu verteidigen, die zuständigen Parteinstanzen haben gesprochen.“ (Zwischenruf: Wir werden in den Betrieben sprechen!) „Die Steuerfrage ist ein schwerwichtiges Problem, damit beschäftigt man sich nicht in der Öffentlichkeit. (Zuruf: Wir haben nichts zu sagen! Abtreten!) Was wäre wohl geworden, wenn wir die Regierung bei der Steuerfrage gestürzt hätten? (Zuruf: Dann wärst du nicht mehr im Reichstag!) Wo wäre dann die Partei?“

Für die Partei ist es besser, daß die neuen Steuern angenommen wurden! (Stürmische Unterbrechungen, Zurufe: Wir sind die Partei, wir zahlen Steuern.)

Zum Schluß bedachte Hermann Müller noch auf, daß Bissell jeder Verschlechterung zustimmte und erst als die Christen Brauns gegen ihn auspielt, dann erst widerriete er sich dem Leistungsabbau bei der Erwerbslosenversicherung!

Die SPD.-Arbeiter können sich in der Praxis davon überzeugen, daß Hermann Müller, Lichtenberg, der mit verächtlichem Achselzucken über die Forderungen der Arbeiter hinweggeht und lieber in Genf beim Völkerverbund sitzt, als im Reichstag auch nur gegen die Brüning-Regierung zu stimmen, geschweige denn zu kämpfen, keine Einzelercheinung ist. Er ist der Typ des Führers, der, korrupt bis zum Mark, die Arbeiter nur als Stimmvieh ansieht. Dieser Erkenntnis muß der nächste Schritt folgen: Hinein in die gemeinsame Kampffront aller revolutionären Arbeiter.

Wiedergabe kommunistischer Reichstagsreden ist Hochverrat

Berlin, 17. Mai. (Eig. Ber.) Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte wegen der Beschlagnahme ihres Mitteilungsblattes „Der rote Wähler“ beim Reichsgericht Beschwerde eingelegt. Das Reichsgericht antwortete nunmehr auf die Beschwerde mit folgender charakteristischer Begründung:

„Die in dem angeführten Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichts angeführten Stellen aus der Nummer 1 der Druckschrift „Der rote Wähler“ erfüllen den Tatbestand des Verbrechens gegen § 86 des Strafgesetzbuches. Sie bezwecken, die Massen von der Notwendigkeit des Sturzes der bestehenden Reichsverfassung auf gewalttätigem Wege zu überzeugen und sie für diese revolutionäre Erhebung geneigt und bereit zu machen. Daß die Bezeichnung der Reichsverfassung auf gewalttätigem Wege und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in dem Parteiprogramm und im amtlichen Handbuch des Reichstags als Ziel der KPD. angegeben ist, wie der Vertreter des Beschwerdeführers behauptet, schließt die Strafbarkeit der Propagierung dieser Gedanken keineswegs aus.“

Die Wiedergabe der einzelnen Reichstagsreden des Abgeordneten Thälmann genügt nicht dem Schutze des Artikels 39 der Reichsverfassung.

Ebenso wenig gilt dies von der sonstigen Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der KPD.“

Dieser Beschluß des Reichsgerichts ist kennzeichnend für die Terrorpolitik gegen die kommunistische Bewegung. Schon die wahrheitsgetreue Mitteilung über die Tätigkeit der Kommunisten im Reichstag wird vom Reichsgericht als Hochverrat bezeichnet und dementsprechend bestraft.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat eine Interpellation an die Reichsregierung gerichtet, in der die Regierung aufgefordert wird, im Reichstage selbst die Klassenjustiz und Hochverratsverurteilung des Reichsgerichts zu verantworten.

3 neue Opfer der faschistischen Mordpest

Planmäßige Ueberfälle in allen Stadtteilen — Im Schatten des Severingischen KZB.-Verbotes — Organisiert die antifaschistische Abwehr

Seit Tagen fordert die Berliner Nazipresse in der blutrünstigsten Weise zu Ueberfällen auf revolutionäre Arbeiter, besonders in den Arbeitervierteln, auf. Zur Organisierung neuer Schanzkämpfe fanden am Freitagabend illegal einberufene Nazipersammlung statt, von denen aus die Strolche mit dem Halantkreuz durch die Straßen Berlins zogen und jeden Arbeiter überfielen, schlugen, stachen und schossen, der ihnen begegnete. Bei diesen planmäßig vorbereiteten Ueberfällen wurden nachts gegen 2.40 Uhr in der Rangsdorfer Straße nach einem kurzen Wortwechsel etwa acht Schüsse auf einige Arbeiter abgegeben.

Der 24jährige Erich Schumann erhielt einen Schuß in den Rücken, an dem er kurze Zeit darauf verstarb. Der 29jährige Albert Melonowski erhielt einen Kopf- und einen Herzschuß, so daß er sofort tot zusammenbrach. In Schönberg, Hauptstraße 64c Stierstraße wurde der 30jährige Arbeiter Walter Seimburger, Gedankstraße 28, gegen 0.30 Uhr von mehreren Nazikämpfern überfallen und durch einen Stich in die Brust so schwer am Herz verletzt, daß er nach wenigen Augenblicken verschied.

In der Brandenburger Straße überfiel ein Trupp Nationalsozialisten eine Gruppe Arbeiter mit einem Geschloßhaken. Es wurden dabei mehrere schwer verwundet. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich gegen 2 Uhr in der Waldemarstraße. Am Sonntagabend gegen 10 Uhr in der Hauptstraße

aus der Richtung Hafensheide vorbei. Dabei überfiel die feige Bande einen jungen Arbeiter. Diesem gelang es jedoch, da zufällig ein Ueberfallauto angehalten kam, zu flüchten. Sonst war bei allen Ueberfällen nichts von der Polizei zu sehen.

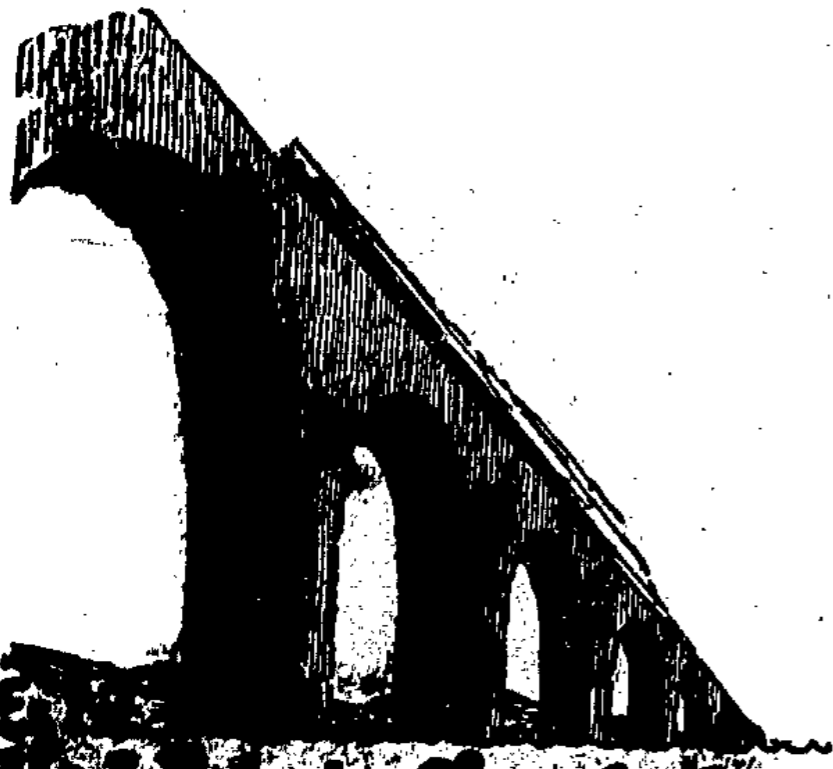
Die ganze Art der Ueberfälle zeigt, daß sie von den vom Kapital bestochenen Führern der Nationalsozialisten planmäßig organisiert worden sind.

Das Gefindel um Goebbels und Strasser wird aber auch durch das Verhalten der Klassenjustiz ihnen gegenüber zu solchen Mordtaten ermuntert. Wir erinnern nur daran, daß genau vor einer Woche ein Halantkreuzler von dem Gericht freigesprochen wurde, obwohl vier Arbeiterzugen bedeu konnten, daß er sich als Mordhube betätigt hatte.

Schließlich ist das immer fröhlichere Auftreten der Nationalsozialisten eine Folge des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes, der Unterdrückung und Verfolgung der antifaschistischen Organisationen, besonders durch die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten und Minister. Diese neuen Ueberfälle, denen reiflose Arbeiter zum Opfer gefallen sind, die noch nicht organisatorisch zur kommunistischen Partei gehörten, zeigen, daß sich nun erst recht das gesamte Proletariat unter Führung der kommunistischen Partei in einer großen revolutionären Einheitsfront zum antifaschistischen Abwehrkampf zusammenschließen muß!

Diesem Mordbrennertum der Nazis in den Berliner Arbeitervierteln muß und wird ein Ende bereitet werden!

Mit Feuereifer für Erfurt!



die höchste Eisenbahn

auch in deinem Verein die letzten Vorbereitungen für das Reichstreffen der roten Sportler zu treffen...

Aus Schlesien wird die Fahrt nach Erfurt in zwei Gruppen erfolgen. Und zwar soll in Lauban-Schöckdorf eine Autokolonie zusammengestellt werden...

an den einzelnen Bahnstationen die Genossen aus dem übrigen Schlesien aufnehmen. Hier beträgt der Fahrpreis 18 oder circa 20 Mark...

Organisatorisches zum 1. Reichskongress der roten Arbeitersportler Pfingsten in Erfurt

Delegationsmodus: Jeder Verein und jede selbständige Gruppe (Kolonne, Ortsgruppe) entsendet einen Stammdelegierten. Ueber 300 Mitglieder können die Vereine oder Gruppen einen weiteren Delegierten entsenden usw.

Anträge und Resolutionen: Anträge und Resolutionen müssen bis spätestens den 28. Mai an die Reichsleitung der Interessengemeinschaft, Berlin C. 25, Landsberger Straße 82, eingeleitet werden.

Vorschläge zur Beitragsfrage: Auf Grund der Beschlüsse der Landesvertreterkonferenz unterbreitet die Reichsleitung der ISG im Einverständnis mit den Landesvertretern folgende Vorschläge...

Die Reichsbeiträge und Landesbeiträge betragen für alle Sparten pro Jahr und Mitglied über 14 Jahre 60 Pf.

Der Unterhaltungsbeitrag beträgt für alle Sparten, außer den Rad- und Motorradfahrern, pro Jahr und Mitglied über 14 Jahre 80 Pf., für die Radfahrer beträgt er 1,20 Mark, für die Motorradfahrer beträgt er 4,20 Mark.

Der Zeitungsbeitrag beträgt für die Aktiven, Radfahrer, Schützen, Samariter und Wanderer 1,20 Mark, für die Schachspieler 2,40 Mark.

Sport vom Sonntag

Die Entscheidung der Handball-Kreismeisterschaft

Vorrundenspiel Nichte-Mochbern - Liegnitz 10:1 (5:0). Mochberns bessere Spielweise wirkt sich bis Halbzeit in fünf Toren aus.

Vorrundenspiel Penzig - Sandberg 6:3 (4:1). Ein sehr gut durchgeführter Alleingang der Mitte Penzigs bringt ihnen die Führung.

Schauern wurde das Spiel ausgetragen. Der Mittelfürmer Mochberns kann im Alleingang in der 7. Minute seiner Mannschaft die Führung verschaffen.

Bei den Fußballern nur Gesellschaftsspiele

Die ferienlose Zeit bringt in Gesellschaftsspielen Gegner zusammen, die sonst in Serienspielen nicht Gelegenheit haben, ihre Kräfte miteinander zu messen.

WFB. - Sturm 5:1. Nach torloser Halbzeit tritt eine klare Überlegenheit von WFB. ein. In gleichmäßigen Abständen gelangen sie zu fünf Toren.

Union - Bratislawia 2:4. Wenige Zuschauer waren Zeuge dieses interessanten Spiels in Deutsch-Walpa. Union liegt bis zur Pause 2:0 in Führung.

Döwiz - Blau-Weiß 0:2. In diesem Gesellschaftsspiel konnte Blau-Weiß seinen Erfolgen einen neuen anfügen. In der ersten Halbzeit gelang durch eine prächtige Flanke von rechts das erste Tor.

WFB. - Vorwärts-Brieg 3:1. Der Halbkreis von WFB. verschaffte seinem Verein die Führung. In wichtigen Angriffen versucht Brieg, Jähbares zu erreichen, doch bleiben Torerfolge aus.

Hundsfeld - Silesia-Riders 3:2. Ziemlich überraschend ist der Sieg Hundsfelds. Bis zur Pause kann Hundsfeld mit 2:1 in Führung bleiben.

Strehlen - Herta 2:3. Strehlen konnte bis Halbzeit dreimal den Herta-Tormann überwinden. Nach der Halbzeit erhält Herta zwei Elfmeter zugesprochen, die glatt verwandelt werden.

Südost - 1924 0:1. Trotzdem Südost etwas mehr vom Spiel hat, gelingt nichts. Nach der Pause stellt Südost um, doch bleiben die gewohnten Torstöße aus.

Einigkeit - West 1:1. Einigkeit hatte etwas mehr vom Spiel, doch scheiterten alle Angriffe an dem gut arbeitenden Tormann von West.

1930 - Tasmania 3:1. Mit dem Spielbeginn kann Tasmania in Führung gehen. 1930 ist etwas überlegen und der Halbroche erzwingt den Ausgleich.

Sparta - Falke 4:5. Einen wenig aufregenden Verlauf nahm das Spiel in der ersten Halbzeit. Der Halbroche von Falke erzielte das erste Tor.

Aus dem Waldenburger Bergland

Internationales Arbeiter-Sport-Werbest. Am Sonnabend: Freie Sportfreunde-Dittersbach - Jiriau 2:5. Fontana-Wien - Ring-Sandberg 14:0 (5:0).

Konzernfrei?

Ein neues Schlagwort!

Für den Zigarettenraucher bedeutungslos, nichts sagend! Von vielen Zigarettenfabriken in der Werbung mißbraucht. Interessiert es den Raucher zu wissen, ob wir konzernfrei sind?

Wir empfehlen Ihnen: Rauchen Sie Bergmann Privat 6g. Gildehof 5g

Rund um den Erdball

Das große Ereignis



Zu der feierlichen Eröffnung der Turksib-Bahn waren unter anderen Gästen auch viele Angehörige des Nomadenstammes der Kasaken erschienen. Hunderte von Kilometern hatten sie auf Büffelkarren und auf Kamelen zurückgelegt, um dem großen Ereignis beizuwohnen.

Elne Delegation, die nicht mit leeren Händen kam



Unser Bild zeigt eine Gruppe von Teilnehmern der amerikanischen Arbeiterdelegation, die zu den Maßlichkeiten nach Sowjetrußland gekommen war. Die Delegation brachte als Geschenk an Kollektivwirtschaften 15 Traktoren mit, die aus durch Sammlungen der amerikanischen Arbeiter angebrachten Mitteln angeschafft sind. Bravo, USA-Genossen!

„Keine Veranlassung zum Einschreiten“

Zwei Dokumente ohne Kommentar, oder: Was die Schupo tut, ist wohlgetan

Herrn

Wilh. Lente

Anna, Fojadomskajastraße 29.
Anna, 7. Oktober 1929.

„Wilhelm Lente, Fojadomskajastraße 29, gibt an, am 5. Oktober gestochen worden und hingefallen zu sein, klagt über Schmerzen in der linken Brust und Stiche beim Husten und bittet um ärztliche Untersuchung.“

Es findet sich die 6. Rippe eine Handbreit vom Brustkorb gebrochen, wie es bei älteren Leuten leicht geschieht, liegt der Bruch an der Ansatzstelle des Rippenknorpels an dem Rippenknorpel. Die Verletzung ist durch Einwirkung stumpfer Gewalt entstanden.

gez. Dr. Schmann.“

Der Generalstaatsanwalt
2 3 594/30

Hamm i. W., den 19. April 1930.
Fernruf 1780/65.

1 Anlage.

Auf Ihre Beschwerde vom 8. April 1930, betreffend die Strafverfolgung des Polizeihauptwachmeisters Heinz Dröge wegen Körperverletzung teile ich mit, daß ich nach Prüfung des Sachverhalts im Justizaufsichtsweg keine Veranlassung gefunden habe, entgegen der Verfügung des Oberstaatsanwaltes zu Dortmund vom 7. November 1929 — 10 J 1143 — 29/1 — ein strafrechtliches Einschreiten anzuordnen.

Die Einstellung des Verfahrens entspricht der Sachlage und ist zutreffend begründet.

Die Ausführungen in der Beschwerdechrift geben zu einer anderen Sachbeurteilung keinen Anlaß.

Hiernach wird Ihre Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen.

Den überreichten Arztchein erhalten Sie beifolgend zurück.
J. A.: gez. Unterschrift.

Norwegische Stadt Bergen in Flammen

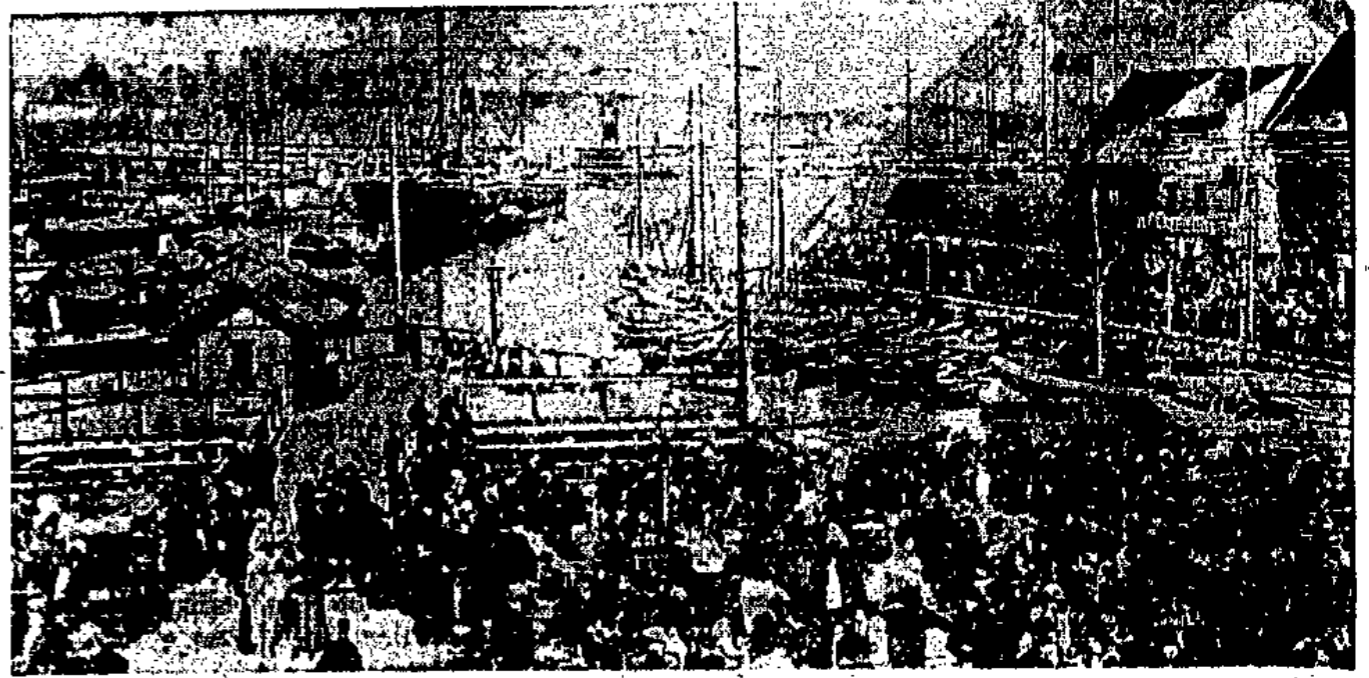
Nächtliche Schreckensszenen in den Straßen — Ueber 1000 Bewohner obdachlos

Bergen, 17. Mai. Ein riesige Feuer entstand am Freitag nachmittag in der norwegischen Hafenstadt Bergen. 75 Häuser, die am Hafen gelegen waren, wurden vollständig eingestürzt. Mehrere Schiffe wurden von den Flammen zerstört. Ueber 1000 Bewohner sind obdachlos geworden.

Wie ergänzend bekannt wird, ist das Riesfeuer in einem Badhaus am Hafen ausgebrochen und hat sich dann mit rasender Schnelligkeit auf mehrere Blöcke der historischen Holzhäuser am Hafen ausbreitet. Erst spät abends gelang es, des Feuers einigermaßen Herr zu werden. Zu den Löscharbeiten waren außer der Feuerwehr auch noch mehrere Kompagnien Militär aufgeboden worden. Vom Hafen her schleuderten stundenlang Feuerlöschschiffe gewaltige Wassermengen in die Flammen. Zum Glück drehte sich während des Feuers plötzlich der Wind. Wäre dieser Umstand nicht eingetreten,

so stände heute von ganz Bergen kein Haus mehr.

Auf dem Trümmerfeld, aus dem die ganze Nacht hindurch immer wieder große Flammen schlugen, spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Massen der obdachlos gewordenen Bewohner irrten die ganze Nacht durch die vernichteten Straßen,



Blick auf den Hafen von Bergen

suchten mit jammernden Rufen ihre vermissten Angehörigen oder begannen die halbverbrannten Ueberreste ihrer Habeligkeiten zu bergen.

Alle Leute konnten während des Feuers nur mit Gewalt zurückgehalten werden, in die brennenden Häuser zu flüchten. Schreiende Kinder suchten ihre Eltern und Eltern suchten ihre Kinder. In ganz Bergen herrschte eine furchtbare Panikstimmung. Dichte Rauchwolken lagerten stundenlang über dieser alten Hafenstadt, so daß niemand mehr, wie groß eigentlich der Brandherd war. Menschenleben sind zum Glück nicht zu beklagen.

Lübeder Säuglingsmord nimmt kein Ende

Bis jetzt 12 Todesopfer und 50 lebensgefährlich Erkrankte

Lübeck, 17. Mai. Nunmehr ist die Zahl der Todesopfer der mit der Calmetteschen „Schutzfütterung“ ernährten Säuglinge auf 12 gestiegen. Bei zwei der verstorbenen Kinder soll angeblich die Todesursache nicht genau festzustellen sein. Doch müssen selbst die Ärzte die Möglichkeit zugeben, daß „ein beständiges Leiden durch die „Schutzfütterung“ zum Tode geführt hat“. Bei den anderen zehn Säuglingen ist die Todesursache, Tuberkulose infolge der Einnahme des Präparats, einwandfrei ermittelt. Bis jetzt sind 50 Säuglinge, deren Befinden zu größten Besorgnissen Anlaß gibt, an dem „Schutz“ krank erkrankt.

Das Pasteurinstitut in Paris, in dem bekanntlich die Kulturen des Calmettepräparates gezüchtet werden, nimmt zu dem Säuglingsmord in Lübeck durch eine längere Erklärung Stellung. Prof. Guérin erklärt: „Entweder handelt es sich hier nicht um Tuberkulose, sondern um eine Kinderepidemie, deren Ursache noch nicht feststeht. In diesem Falle besteht keine Beziehung zwischen der Calmetteschutzfütterung und dieser Epidemie, oder aber es handelt sich tatsächlich um Tuberkulose. Dann müßte entweder ein technischer Irrtum bei der Zucht und Unterhaltung des Grundstoffes im Laboratorium vorliegen oder durch die verbrecherische Böswilligkeit eines Dritten giftige Tuberkulosebakterien verunreinigt worden sein. Nach Lübeck ist im September 1929 die letzte Sendung abgegangen.“

Diese Erklärung des Pasteurinstituts, das naturgemäß das größte Interesse daran hat, daß ihr Präparat nicht in Mißkredit gerät, trägt zur tatsächlichen Aufklärung des Lübeder Massenjäuglingsmordes in keiner Weise bei. Jedenfalls erschüttert sie in nichts unsere Feststellung, daß das Lübeder Ge-

sundheitsamt in verbrecherischer Voreiligkeit nicht nur ein „un-erprobtes“ Mittel, sondern ein von vielen verantwortlichen Wissenschaftlern als im höchsten Grade schädliches Gift zur Verwendung freigegeben hat. Also, es bleibt dabei: In Lübeck hat man im Bestreben, ein billiges Mittel gegen die unheimlich grassierende Proletariatsseuche Tuberkulose zu bekommen, proletarische Säuglinge bedenkenlos als Versuchstarnikel hingemordet.

Ein neuer Beweis für diese Behauptung ist die Zuschrift eines Lesers an die „Rote Fahne“. Darin werden wir auf die Veröffentlichungen der Erfahrungen zweier Wiener Kinderärzte in der Nr. 20 der „Medizinischen Welt“ hingewiesen, wonach sie diese „Schutzfütterung“

wegen ihrer Gefährlichkeit ablehnten und ausdrücklich betonten, daß durch sie erst Tuberkulose hervorgerufen würde.

Zwei weitere Pariser Ärzte berichten von dem Todesfall eines kräftigen Kindes nach der Calmette-Zimpfung. Außerdem seien in der dortigen Charité zahlreiche Todesfälle zu verzeichnen gewesen, so daß der verantwortliche Chefarzt die Calmette-Zimpfung nicht mehr anwenden ließ.

Angeichts dieser katastrophalen Erfahrungen in den verschiedensten Städten muß jedem Menschen die empörende Frage aufsteigen: „Ja, lebt denn das Lübeder Gesundheitsamt auf dem Mond, also ohne Zusammenhang mit der wissenschaftlichen Forschung unserer Zeit? Oder betrachtet sie in skrupelloser Gleichgültigkeit proletarische Kinder tatsächlich als nichts mehr wie wohlfeile Versuchstarnikel für lebensgefährliche Experimente? Ein Massenmord der Empörung muß durch die ganze deutsche Arbeiterschaft gehen und diese ausgesprochenen Massenmediziner hinwegjagen.“

Vom „Vertrauens“arzt in den Tod getrieben

Im Glöckner-Werk in Düsseldorf fanden Kollegen am Morgen einen Arbeiter erhängt vor. Die Nachforschungen ergaben, daß der Lebensmüde längere Zeit krank gewesen und trotz seines Leidens vom Arzt gesundgeschrieben worden sei. Nachdem er einige Tage wieder gearbeitet hatte, erhängte er sich. Er zog es also vor, statt für den Schandlohn von 66 Pfg. mit seinem kranken Körper zu arbeiten, freiwillig aus dem Leben zu scheiden.

Badeanstalt vom Hochwasser fortgerissen

Bei Magau wurde durch das stark gestiegene Wasser des Oberrheins die Flußbadeanstalt fortgerissen und stromabwärts getrieben. Die sechs Personen, die sich darauf befanden, konnten durch Motorboote nach langwierigen Rettungsarbeiten gerettet werden. Nach stundenlangen Bemühungen gelang es, die Badeanstalt wieder zu verankern.

Ratiborer Mörder — ein Irrenjäger

Am Freitag gelang es einem Brünner Kriminalpolizisten, in Ratibor einwandfrei festzustellen, daß der Ratiborer Mörder mit dem tschechischen Raubmörder Leopold Pausner, der im März d. J. aus einer Irrenanstalt entwichen war, identisch ist. Der Verdacht, daß Pausner der Düsseldorfer Kopfsäger ist, hat sich also nicht bestätigt.

Schwarzfahrer wider Willen

In Marseille hatte sich vor einigen Tagen ein Hafenarbeiter in der Mittagspause in einen Güterwagen hingelegt, um ein Nickerchen zu machen. Nach einer geraumen Zeit erwachte er plötzlich durch das unangenehme Geräusch seines „Bettes“. Schnell rief er sich den Schlaf aus den Augen, um dann festzustellen, daß er in dem Wagen eingeschlossen war und sich bereits auf einer Reise mit unbekanntem Ziel befand. Mit beiden Fäusten trommelte der so jäh aus dem Schlaf Gerissene gegen die Tür. Doch kein Mensch kümmerte sich um ihn. Und so mußte der Schwarzfahrer wider Willen eine fast 24stündige Fahrt mitmachen. Erst auf dem Bahnhof Clairmond-Ferrand befreite man ihn aus seinem rollenden Gefängnis. Der Hafenarbeiter hat geschworen, nie wieder in einem Güterwagen ein Nickerchen zu machen.

Graufiges Geständnis eines Doppelmörders

Der Landwirt Koppe aus Zwablich i. Thür., der zur Zeit in Koblitz inhaftiert ist, hat jetzt gestanden, seine Frau im Bett erwürgt, ihr die Beine abgehakt und die verbliebenen Reste in der Kuchenschüssel verbrannt zu haben. Unter dem Druck des Beweismaterials mußte Koppe ferner zugeben, im Jahre 1917 seine ehemalige Haushälterin von einer Brücke in die Saale gestürzt, und endlich entlockte man ihm das Geständnis, auch die Schwägerin eines Nachbarn im Jahre 1924 in Brand gesteckt zu haben.

Landeskongress der I.A.H.

Die gestrige Landeskongress Schloffen der Internationalen Arbeiterhilfe nahm einen sehr guten Verlauf. Immer bestimmter und konkreter hat die I.A.H. sich seit ihrer Dresdener Reichskongress auf die Aufgabe einer systematischen Kampfeshilfe konzentriert.

Stadtverordneten-Vorlagen

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag stehen u. a.: Allgemeine Aussprache über den Stadthaushaltplan; Abschluss eines Stromlieferungsvertrages mit E. W. Schlessien; Ausführung von Notstandsarbeiten; Verleihung des Prädikats „Städt. Ältester“ an Stadtrat Schmidt; Dedung des Darlehens der Vereinigten Theater; Austausch von Siedlungsgrundstücken in Breslau-Klein-Maschwitz.

War es der Generaler?

Wir brachten vor einigen Tagen einen Bericht über eine Schwurgerichtsverhandlung gegen den Buchhalter G., der der fünftägigen Brandstiftung bezichtigt war, und freigesprochen wurde. Auf unsere Feststellung hin, daß sich der Verteidiger in seinem Plaidoyer gegen die Sensationsmacherei einer Tageszeitung wandte, und daß mit diesem Blatt nach unserem Wissen die „Neuesten Nachrichten“ gemeint waren, teilt uns Justizrat M a m r o t h mit, daß er die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ nicht gemeint habe.

Selbstmordversuch. Am Sonnabendabend sprang der 69jährige Tapezierer E. W., Matthaßstraße wohnhaft, in der Strachate in selbstmörderischer Absicht in die Oder. Er wurde von Paddlern herausgezogen und in das Wertheimshospital eingeliefert.

Ernstlicher Feind, welcher. Der Hausdiener B. W., Leuthenstraße wohnhaft, schlug am Sonnabendabend die Ehefrau des Feuerwehlers Friedrich-Wilhelm-Straße 54 ein und alarmierte die Feuerwehr. Er entsetzte sich hierauf eiligen Schrittes, wurde aber von einem Passanten beobachtet, der einen Schutzpolizeibeamten in Kenntnis setzte und so die Ermittlung des B. veranlaßte.

Einbruch in das Stadttheater. Gestern Sonntag verschaffte sich der 22jährige Ofenheizer F. R., Ursulinerstr. wohnhaft, Einlaß in die Ballgeschloß des Stadttheaters, indem er eine außen angebrachte Stützleiste benutzte und in ein geöffnetes Fenster einstieg. Er wurde jedoch von einem Wächter überrascht. R. hatte bereits eine Schachtel Haartusch erworben und gab an, daß er sich einige Kleiderstücke aneignen wollte.

Kommunistische Stadtverordnetensraktion, Dienstag 20 Uhr, Trebnitzer Straße 50. Alle zugewiesenen Genossen müssen erscheinen.

Das Klagegeld des Rämmerers

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag „begündete“ der Rämmerer den diesjährigen Stadthaushaltplan mit folgender Rede:

Die Zahl der vom Wohlfahrtsamt laufend unterstützten nicht arbeitsfähigen Personen, der eigentlichen Wohlfahrtsunterstützten, bewegte sich ziemlich konstant in den einzelnen Jahreszeiten zwischen rund 11 000 und 12 000 Parteien mit 15 000 bis 17 000 Personen. Dazu treten noch etwa durchschnittlich monatlich 1500 einmalige Unterstützungsfälle. Ferner mußten unterstützt werden 13 000 bis 14 000 Parteien mit 15 000 bis 17 000 Personen der sogenannten gehobenen Fürsorge (Kleinrentner, Sozial- und Rentenrentner). Die Zahl der Arbeitslosen beim Arbeitsamt betrug zu Beginn des Rechnungsjahres 16 232 Parteien. Im März 1930 hatte sich die Zahl auf 25 271 Parteien mit 45 310 Personen erhöht. Dazu wurden als Freierunterstützte zu Beginn des Rechnungsjahres 1929 10 420 Parteien mit 20 920 Personen, im März 1930 12 430 Parteien mit 24 810 Personen unterstützt. Die Zahl der Freierunterstützten ist am heutigen Tage auf 14 542 Parteien mit 26 785 Personen gestiegen. Die Zahl der arbeitsfähigen Erwerbstätigen des Wohlfahrtsamtes hat sich im Laufe des Jahres 1929 wie folgt erhöht: im August 1929 waren es 9068 Parteien, im Dezember 12 633, im Januar 1930 13 745, am 31. März 15 018; am heutigen Tage sind es 16 359 Parteien mit 31 562 Personen. Arbeitsuchende waren zu Beginn des Jahres 1929 über 40 000, dagegen standen nur etwas über 8000 Arbeitsvermittlung. Im Januar dieses Jahres kamen auf über 80 000 Arbeitsuchende nur etwas über 5000 Arbeitsvermittlungen. Jeder 16. Arbeitsuchende konnte erst Arbeit erhalten. Nach den Zahlen vom März dieses Jahres ist bereits jeder 7. bis 8. Breslauer auf der Suche nach Arbeit. Auf 1000 Einwohner kamen am 31. Dezember 1929 in Breslau 73, 24 laufend unterstützte Parteien, demnachst Königsberg mit 64, 10, Magdeburg mit 49, 13, Berlin mit 51, 86, Kiel mit 41, 74. Mitte März dieses Jahres wurden in Breslau im ganzen 106 127 Parteien mit 182 065 Personen unterstützt.

Die ersten Anmeldungen der Einzelverwaltungen des Stadthaushalts verlangten zunächst eine Gesamteinnahme von 138 305 813 Mark, dagegen fanden nur Einnahmen von 118 205 803 Mark; es blieb ein Fehlbetrag von 10 100 000 Mark.

Der ursprüngliche Fehlbetrag erhöhte sich auf 24 681 000 Mark. Der Haushaltsplanausschuß hat Abträge und Einnahmezusätze in der Weise vorgenommen, daß ein Fehlbetrag von 10,2 Millionen verblieb. Wenn Reich und Staat die über den Reichsdurchschnitt entfallenden Wohlfahrtslasten übernehmen, bleibt noch ein Betrag von rund 3 000 000 Mark ungedeckt. Für die Dedung dieses Betrages beantragen wir

- 1. die Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer von 340 auf 395 Prozent mit einer voraussichtlichen Mehreinnahme von 2 037 000 Mark, 2. die Erhöhung des Wasserpreises vom 1. Juli 1930 ab um 5 Pfg. mit einer voraussichtlichen Mehreinnahme von 675 000 Mark, 3. das Auskommen aus der Heranziehung der freien Berufe zur Gewerbesteuer in einer voraussicht-

F. Z. Wie bereits im früheren Jahrbuch, so ist auch in diesem Jahre der Etat des Wohlfahrtsamtes vollkommen unzulänglich. Darüber darf auch der Umstand nicht hinwegtäuschen, daß der Etat mit 84 Millionen Mark um 8 Millionen Mark höher ist, als im Jahre 1929. Wie in den früheren Jahren, zeigt sich beim Etat des Wohlfahrtsamtes die Tendenz, den Etat so unzulänglich auszustatten, daß im Laufe des Rechnungsjahres unbedingt Nachforderungen zu einziehen müssen. Zur Dedung dieser Nachforderungen veranlassen wir Gebührenerhöhungen durchzuführen, um so als „abschreckendes Beispiel“ die Kosten des Wohlfahrtsamtes auf die wertvolle Bevölkerung umzulagern,

und somit die betriebsfähige Arbeiterschaft gegen die Forderungen der Erwerbslosen und der anderen Hilfsbedürftigen auf höheren Unterstühtungen aufzurufen.

Das hat der Magistrat im Jahre 1928 gemacht, und ebenfalls im Jahre 1929, wo jedoch die geforderte Erhöhung der Arbeitsgebühren abgelehnt wurde, allerdings eine Erhöhung des Zuschlages zur Grundvermögenssteuer, die eine Mehreinnahme von 2 Prozent bedingte, durchführte.

Die Erhöhung der Ausgaben des Wohlfahrtsamtes ist nicht darauf zurückzuführen, daß eine Erhöhung der Beiträge des Wohlfahrtsamtes abgelehnt ist. Nein, diese Beiträge sind unverändert, obwohl sie bereits seit dem 1. Oktober 1928 in Kraft sind. Diese vollkommen unzureichenden Beiträge sollen, obwohl derselbe Magistrat in seinem gleichen Etat vor schlägt, die Mittel wiederum um 2,2 Prozent zu erhöhen, und anderes mehr. Die Jollerhöhungen, die Erhöhung der Umsatztsteuer, das Bilanzholymonopol usw., deren Auswirkungen sich erst in der kommenden Zeit deutlich zeigen werden,

bringen eine Verteuerung der Lebenshaltung mit sich, die vom Magistrat gar nicht berücksichtigt wird.

In diesem Beispiel kann man deutlich sehen, wie die Lasten des Youngplans auch auf die Schultern der Armen umgelagert werden. Die Folge davon wird sein die Häufung der Selbstmorde. Die Steigerung der Ausgaben des Wohlfahrtsamtes ist nur auf die Erhöhung der Zahl der zu unterstützenden zurückzuführen, und insbesondere auf das Anwachsen der ausgefertigten Erwerbslosen. Waren im Etat des Jahres 1929 Mittel zur Unterstützung von monatlich durchschnittlich 8800 Erwerbslosen vorgesehen, eine Zahl, die durch die tatsächlichen Ereignisse bald überholt wurde (was vorauszusehen war und worauf von der kommunikativen Stadtverordnetensraktion schon damals hingewiesen wurde),

so hat man dieses Jahr die Mittel für durchschnittlich 10 000 unterstützte eingesetzt.

Auch diese Zahl ist zu niedrig, denn aus schließlich haben wir bereits 16 000 Unterstützte,

die ihre Unterstützung vom Wohlfahrtsamt erhalten. Diese Zahl wird nicht sinken, denn die Krise des Reiches sowie des internationalen Kapitalismus verschärft sich zusehends. Auch die „Reform“ der Arbeitslosen-Versicherung, die in der nächsten Zeit durchgeführt werden soll, wird ein weiteres Ansteigen der Zahl der Unterstützten zur Folge haben. Aus diesen Ursachen ergibt sich, daß der Etat des Wohlfahrtsamtes auch dieses Jahr vollkommen unzureichend ist, und daß man wiederum im Laufe des Jahres mit Nachforderungen und neuer Gebührenerhöhungen rechnen muß. Die Tendenz dieser Entwicklung ist eindeutig gekennzeichnet worden.

Der Posten „Einmalige Baumerkshungen“ hat zwar auch eine Erhöhung erfahren, aber nur um 40 000 Mark, obwohl die Zahl der Unterstühten um 6000 höher eingesetzt wird; als im vergangenen Jahre. Das bedeutet, daß die Hin und wieder gegebenen Beiträge dieses Jahr sehr stark eingeschränkt wurden, so daß die Aussicht, hin und wieder einmal eine Sonderunterstützung zu erhalten, gleich Null ist. Für regelmäßig zu zahlende Baumerkshungen hat man überhaupt keine Mittel bereitgestellt, um die Forderungen der Erwerbslosen und der anderen Hilfsbedürftigen auf Baumerkshungen mit der Formel abzulehnen: „Es ist kein Geld da“. Desgleichen finden sich keine Mittel für im Winter auszubehrende Kohlen- und Lebensmittel. Zum Hunger kommt dann noch die Kälte.

Die Mittel für Zusatzunterstützungen an Arbeitslose sind um 50 000 Mark gekürzt worden, obwohl keine Aussicht vorhanden ist, daß die Zahl der zu unterstützenden sinkt. Wie man auch beim Wohlfahrtsamt weiter sparen will, zeigt die Tatsache, daß ein Teil der Fürsorgearbeiter nur noch drei Tage in der Woche beschäftigt werden soll. Dadurch hofft man eine größere Anzahl von Fürsorgearbeitern beschäftigen zu können. Wo will man hier wiederum auf Kosten der ausgesetzten Erwerbslosen Ersparnisse machen?

Diese Ersparnisse sind den Bürgerlichen noch zu wenig. So gehen die Bürgerlichen Stadtverordneten bereits in den Bürgervereinen zur Offensive gegen den künftigen Wohlfahrtsetat über und verlangen, daß dieser abgeändert werden soll. Gegen diese Schammethoden gegen den gesamten Hungereten müssen die Erwerbslosen, die Unterstützungsempfänger des Wohlfahrtsamtes, aber auch die betriebsfähigen Arbeiter den schärfsten Protest erheben.

Kursusdefizit oder Feststellenrechnung?

Die Baugewerksbund-Bürokraten sollen antworten!

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Der Oberstaatsanwalt hat mitgeteilt, daß er das gegen die Baugewerksbund-Angestellten Meise und Jünshke eingeleitete Ermittlungsverfahren niedergeschlagen habe. Zwar sei ein Fehlbetrag von 900 Mark in der Verbandskasse seit Frühjahr 1926, wie der ehemalige zweite Kassierer H a b e l, der die Anzeige erstattete, behauptete, festgestellt, doch lasse es sich nach Meinung des Oberstaatsanwalts nicht nachweisen, daß der Fehlbetrag durch Unterschlagungen entstanden ist. Die als Zeugen vernommenen Revisoren M i c e und K r a u s e sollen angeben haben, daß Unregelmäßigkeiten nicht vorgekommen seien. Die Revisoren sind Bauarbeiter und keine zuverlässigen Bücherfachverständigen. Diese Zeugenaussagen sind also unerschütterlich, um so mehr, als ja die Revisoren ihre Zeugenaussage in allgemein gehaltenen Redensarten machten und nicht eidlch vernommen wurden. Außerdem kannten sie auch nicht die Originalbelege über Einnahmen und Ausgaben hinsichtlich der 1925 und Anfang 1926 vom Baugewerksbund veranstalteten zwei Lehrkurse, die Gegenstand des Fehlbetrages sind. Bücher sind, selbst wenn sie von den als Zeugen vernommenen Revisoren „in Ordnung befunden“ werden, nicht zwingende Beweismittel.

Was ist überhaupt die Vorgeschichte zu dem Ermittlungsverfahren gegen Meise und Jünshke? Weder der Oberstaatsanwalt noch die anderen werden bestreiten können, daß Verluste an Vermögensgut der Organisation in den Büchern verschleiert wurden, ohne daß die Revisoren dies merkten. Sie merkten es erst, als H a b e l, einer der Mitverantwortlichen, die anderen hochgehen ließ! Ein Beispiel: Der Bauhüttenbetrieb zwerband gabte im September 1925 an den Baugewerksbund etwa 400 Mark Zinsen für von dort geliehenes Darlehn; die Baugewerksbundangeestellten verbuchten aber diesen Geldeingang nicht, da sie vorher einen Betrag in dieser Höhe unerlaubterweise aus der Verbandskasse für ein „Festessen“ zahlten, das sie sich mit noch anderen Banzen bei „W a c h l e“ gaben. Erst als H a b e l 1929 „auspackte“, merkten es die Revisoren. Bauarbeiter! Dieser eine Fall muß euch Veranlassung geben, zu prüfen, ob der Eingang von Zinsen auf das jeweilige gegebene Darlehn, seit Uebernahme der Buchführung von Jünshke bis in die jüngste Zeit hinein immer ordnungsgemäß verbucht und in die Verbandskasse gelangt ist.

Noch trasser liegt der Fall der Vorgeschichte des Eingreifens der Staatsanwaltschaft gegen Meise und Jünshke. Meise kassierte nämlich

von Oktober bis März 1925 und auch 1926 Gebühren ein von Kollegen, die an innerhalb dieser Zeit stattgefundenen Kursen (je einer für Maurer und Zementarbeiter) teilnahmen. Diese eingenommenen Gelder gab Meise unter Vorlegung einer Abrechnung in die Verbandskasse erst, nachdem seit Schluß des Kursums bereits etwa sechs Monate verlossen waren, und erst, als der erste Kassierer ihn hierzu energisch aufforderte. Nach Durchsicht der Meiseschen Abrechnung stellte Jünshke den Fehlbetrag von 900 Mark, der zu dem besagten Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen Meise und Jünshke wurde, fest, und verschweig drei Jahre lang den Revisoren diesen Verlust, da er ihn nicht verbuchte. Die Revisoren merkten den Verlust erst, wie gesagt, als H a b e l darüber sprach. Wenn dieser Verlust tatsächlich so entstanden wäre, daß die Ausgaben für den Kurs in Höhe des Verlustes (also 900 Mark) die Einnahmen überstiegen hätten, würde Jünshke doch dann das Verlustkonto mit 900 Mark belastet haben, zumal dann weder den Revisoren noch einer anderen Person der Verlust hätte verschwiegen werden brauchen. Tatsache ist ferner, daß sich Meise bei seinen Angaben vor dem Staatsanwalt wider sprach. Auch vor dem Bundesvorstand erklärte er: „400 Mark des Fehlbetrages habe ich für das Essen bei R a c h l e bezahlt, die übrigen 500-Mark waren Ausgaben für den Kurs, die die Einnahmen überstiegen.“ Hier aber liegt ein anderer Widerspruch, da H a b e l behauptet, daß R a c h l e Essen wurde von den Zinsen der Bauhütte bezahlt, und noch ein anderer Zeuge diese Behauptung unterstützt. Dann wieder behaupten die Revisoren vor Vertretern, der Fehlbetrag von 900 Mark wäre ordnungsmäßig verbucht worden, und zwar seitens einer „Organisationskörperchaft“ bewilligt. Warum so geheimnisvoll? Heraus mit der Sprache! Wann ist er nachbewilligt worden? Etwa schnell hinterher, als H a b e l auspackte? Es sind jedenfalls der Staatsanwaltschaft keine Belege über Anzahl der seinerzeitigen Kurssteilnehmer sowie Einnahmen und vor allem der Ausgaben, zur Einsichtnahme vorgelegt worden. Auch nicht den Revisoren. Meise soll Rech gehabt haben, die Originalbelege sollen „abhanden“ gekommen sein.

All das beweist, daß die Bauarbeiter allen Grund haben, der Meise-Clique nun erst recht auf den Zahn zu fühlen! In den nächsten Tagen werden wir noch über weitere Tatsachen berichten.

Eine duftende Blüte

Eine feine Blüte scheint der Chef der Bildhauerei Willi Sippert, Krieg, Fischerstraße, zu sein. Ist es doch kürzlich passiert, daß die Leute entlassen wurden, weil sie nur die 8 1/2 Stunden arbeiten wollten, die sie bezahlt erhielten. Dieser Herr wünschte bei einer Bezahlung von 8 1/2 Stunden zehnstündige Arbeitzeit, und den Kollegen wurde noch während ihrer Arbeitszeit der R o s e t t e n - s t e c k e l entzogen, denn nach Auslegen dieses famosen Arbeitsbüchchens gibt es in seinem Betriebe kein „Ausstreten“. Einem Arbeitsgenossen, der nach der Uhr 8 Minuten auf dem R o s e t t e n - s t e c k e l paßiert, daß er 1/2 Stunden bewegen nacharbeiten mußte. Schade, daß man noch nichts erfunden hat, um das Ausstreten zu erübrigen und die ganze „Angelegenheit“ gleich, während der Arbeit, in die Erde zu leiten. Didiom Chef würde es passen. Hier es wird die Zeit kommen, wo solchen Ausbeuterelementen die Luft abgemessen wird.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den Provinzialteil (außer Ostpreußen) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberpreußen Geb. S e n d e r o s c h, Gletsch. Für Inland: Carl G a n s b e r g, Breslau.

Gebt für den Verteidigungsfonds der Roten Hilfe!

Waldenburger Bergland Faschistennest — Stickstoff N. G. Bahnschacht

A. R. Proleten des Stickstoffwerkes, die Augen auf Werksschicht abwechselnd macht sich dort breit. Ungefähr 60 Prozent der Beschäftigten sind Faschisten und Nazi. Darunter sind Faschlinge, die für einen Judenlohn ihre Kollegen dem Unternehmer verraten. Gewerkschaftliche und revolutionäre Arbeiter dabei man nicht. Man will sie wegen Arbeitsmangel auf die Straße. Dafür stellt man Faschisten neu ein, die ihre nationale Gesinnung bei Direktor Wichert verlaufen. Was sagt das Arbeitsamt Waldenburg dazu?

Stickstoffproleten, um was geht es hier? Man will die Belegschaft aus Faschisten zusammenschließen, um Streik und Lohnkämpfe zu verhindern. Man will aus Stickstoff-N.G. einen Reichshof machen, damit nichts in die Öffentlichkeit dringt. Arbeiter! Seht euch diese Unternehmerräuber an. Zum Beispiel den Faschisten S. L. G. aus der Maschinenhalle, der während der Arbeitszeit für den Vaterländischen Wertverein Propaganda treibt. Die Handwerker der Werkstatt haben diesem Faschisten die richtige Antwort gegeben. Was sagt dazu Betriebsführer Rötter, der ja gern in derartigen Sachen rumschnüffelt? Will man zu den Betriebsführern eine Stahlhelmliste aufstellen, weil man versucht, Schächeln für den faschistischen Vaterländischen Wertverein zu fangen?

Am Dienstag berichteten wir in der „Arbeiter-Zeitung“ über die Wälschende, die dort herrschen. Während der Zeit hat sich schon wieder allerlei abgeheilt. Vorige Woche ist die Haube des kleinen Gasometers heruntergefallen und hat ziemlich Beschädigungen angerichtet. Die Handwerker müssen nun drinnen im Leer arbeiten. Anträge werden nicht zur Verfügung gestellt. Unfallvorschriften werden nicht beachtet. Resultat: ein Schlosser mußte wegen Gasvergiftung ins Krankenhaus geschickt werden!

Einem Handwerker, der sich weigerte, seine Sachen in dem Leer zu ruinieren, lagte der Kasseher Polster, er soll nach dem Leeren gehen. Wir rufen dem Faschisten, es einmal selbst zu tun. Oder holt euch die Faschisten dazu. Am Montag sind wieder drei Arbeiter an den Behältern verunglückt, wo die Schwefelzucker verarbeitet wird! Zwei Arbeiter mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, wahrscheinlich wegen Gasvergiftung oder inneren Verbrennungen. Das „Neue Tageblatt“ berichtete ebenfalls von einer Explosion angeblicher Abgase!

So reißt sich Unfall an Unfall. Den Arbeitern vom Stickstoffwerk hält man große Vorträge über Unfallverhütung, aber selbst dazu übergehen will man nicht. Arbeiter, wehrt euch gegen dieses Unternehmerrpad, das euer Leben leichtsinnig auf Spiel setzt. Wir ersuchen die Gewerkschaftsführer, dort draußen etwas energischer nachzusehen. Proleten, reißt euch ein in die rote Klassenfront und kämpft mit uns gegen Ausbeutung, Faschismus und Unternehmerrterror für eine sozialistische Vetterordnung.

Das Rote Kreuz brüftet sich

A. R. Vor einigen Tagen veröffentlichten die „Weißsteiner Nachrichten“ einen Bericht über die Rote-Kreuz-Kolonie, in dem die Kolonie über den grünen Meer gelobt wird. Wir möchten dazu folgendes bemerken: Die Rote-Kreuz-Kolonie legte sich im Jahre 1922 einen Krankenwagen zu und führte gegen „mäßige“ Gebühr Transport aus. Diese mäßige Gebühr betrug in einem Falle 20 Mark (!). Der Kolonie gehören drei Ärzte an, die natürlich eine große Hilfe sind. Die Arbeiter-Samariter finden dieses große Entgegenkommen bei den Ärzten nicht. Die Arbeiter-Samariter-Kolonie entstand im

Jahre 1922. Sie übernahm sehr bald die Durchführung von Transporten, und zwar gratis. Die Positionen, die von der Arbeiter-Samariter-Kolonie errungen wurden, machte sich die Rote-Kreuz-Kolonie sofort zunutze. Wir erinnern dabei an die Errichtung der Rettungswache im Feuerwehrdepot. Arbeiter, Männer und Frauen, unterstützt die Arbeiter-Samariter-Kolonie!

Todessturz eines Knaben in die Heugabel

Einen gräßlichen Unfall erlitt in Lehmitz Wasser der 11jährige Sohn des Försters Dennerlein. Auf dem Heuboden stürzte er so unglücklich in die Heugabel, daß ihm der Oberkörper und der Leib durchbohrt wurden. Das unglückliche Kind wurde sofort ins Waldenburger Kreis-Krankenhaus eingeliefert, wo eine Operation vorgenommen wurde. Der Junge liegt jedoch hoffnungslos darnieder.

Zwischen zwei Förderwagen zu Tode gequetscht

Am Sonnabendvormittag wurde im Untertagebetriebe der Melchiorgrube in Dittersbach der 22jährige Lehrling Paul Teuber aus Dittersbach zwischen zwei fahrenden Förderwagen mit dem Kopf eingeklemmt. Er wurde so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit verstarb.

Oberes Revier Wiederaufnahme des Silberbergbaues?

H. Wie das „Gottesberger Wochenblatt“ erzählt, wird in der nächsten Zeit die Berg- und Hütten-N.G. in Breslau, die Besitzerin der alten Gottesberger Silbergruben, Versuchsarbeiten in Angriff nehmen, um weitere Untersuchungen über das Vorkommen von Blei- und Silbererzen in den Gottesberger-Gruben alten Gruben anzustellen. Im Anschluß an den Tiefbau der Schwerpatgruben sollen zunächst zwei Untersuchungsstrecken gegen Westen unter die Bergungen der Witschaffler Hampel und Hildebrand auf etwa 300 Meter Länge vorgetrieben werden.

Königszell

Zwischen den Puffern zerquetscht! Auf dem Bahnhof in Königszell wurde der in den 30er Jahren stehende, verheiratete Rangierer Hermann Knoblich beim Rangieren so unglücklich zwischen den Puffern zweier Waggons eingeklemmt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Mehrere Kinder trauern um den Ernährer.

Schweidnitz

Klassenurteil Vor dem Einzelrichter fand ein Termin gegen den Arbeiter Erwin Pochter statt. Pochter hatte die am 6. März festgesetzte Erwerbslosenversicherung besucht und wurde auf dem Nachhausewege von der Polizei gehindert, seinen Weg fortzusetzen. Da er aber sah, daß mehrere vor ihm stehende Personen durchgelassen wurden, glaubte er ebenfalls dazu berechtigt zu sein. Er wurde aber von dem Postbeamten Melzer mit dem Gummistülpel über den Kopf geschlagen. In demselben Moment stürzten sich mehrere Beamte auf ihn und führten ihn ab. Hierbei rief Pochter: „Arbeiter helft mir, laßt mich nicht abführen.“ Da aber infolge der

Abperrung niemand an Pochter heran konnte und Pochter dadurch annahm, es wolle ihm niemand helfen, rief er: „Ihr Faschinger, Schulte, Lumpen!“ Er meinte damit verschiedene in seiner Nähe stehende Arbeiter. Die Beamten bezogen diese Äußerungen auf sich. Die Zeugen Nachmeister Weile und der uns bereits gut bekannte Kriminalassistent Orleger, die sich in ihren eigenen Aussagen dauernd widersprechen, erklären, daß Pochter der einzige gewesen ist, der sich an diesem Tage gewalttätig benommen habe. In seinem Ausföhrungen betont Pochter, daß sich die Beamten wie Posaunen benommen haben und er von einem Gericht als Prolet nur ein Klassenurteil zu erwarten habe. Der Antrag auf Verlegung und Ladung von Entlastungszeugen wurde abgelehnt. Pochter wurde wegen „Widerstandes“ und „Beleidigung“ zu 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte Pochter Berufung ein.

Jauer

Verhaftet. Unter dem Verdacht, sich an seiner dreizehnjährigen Tochter vergangen zu haben, wurde der Schmiedegeselle Adolf Springer von der Schloßstraße verhaftet.

Sirlegau

Brand durch ein elektrisches Plättchen

Morgens gegen 8 Uhr erwachte auf Schloß Landsdorf die älteste Tochter des Freiherrn von Nischhofen infolge starker Rauchentwicklung. Man stellte einen Brand im Schlafzimmer fest. Ein Feuerwehrmann konnte schließlich mit einer Rauchmaske in das verqualmte Zimmer eindringen. Der Brand war durch ein nicht abgeschaltetes elektrisches Plättchen entstanden. Es sind Möbel, Wäsche und Kleider verbrannt. Da das Feuer rechtzeitig erlosch, konnte eine Katastrophe verhütet werden.

Bolkow

Stadtparlament aufgelöst

Durch eine Verordnung des Staatsministeriums ist das Bolkow'sche Stadtparlament aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden voraussichtlich im Juli statt. Wir werden in einem Artikel auf die Ursachen, die zur Auflösung geführt haben, noch eingehen.

Landeshut

Abschlußprüfung der Arbeiter-Samariter

Vergangene Woche fand die Abschlußprüfung des Kursums der Arbeiter-Samariter Landeshut-Stuhbanke vom Wintersemester 1929/30 statt. Allen Prüflingen konnte das Prüfungsergebnis ausgehändigt werden. Herzliche Leitung und Prüfung lag in den Händen des Dr. Brandt. Am Schluß der Prüfung dankte der Vorsitzende den Kursteilnehmern für ihren regelmäßigen Besuch der Hör- und Übungsstunden, ermahnte aber auch, in Zukunft so weiterzufahren, damit das Gelernte nicht nur erhalten, sondern noch erweitert wird. In kurzer Zeit findet die Prüfung der Unterabteilung Stuhbanke-Partmannsdorf statt, welche auch von Dr. Brandt geleitet wird.

Blutbad

Am Sonnabendmittag gab ein Sohn des Gastwirts Bed in Pfaffendorf plötzlich Schüsse auf die Tochter des Landwirts Pöfner in Dittersbach ab. Das Mädchen brach schwerverletzt zusammen. Der Täter flüchtete sodann in die Felder und jagte sich mit dem Revolver mehrere Schüsse in den Kopf. Blutüberströmt kam er zusammen. Die beiden Schwerverletzten wurden in das Schmieberg'sche Krankenhaus eingeliefert.

Niederschlesien

Streif bei Schlottmann und Co., Liegnitz

Ein feines Betriebsratsmitglied

Zeit Sonnabend befinden sich die Haspler der Liegnitzer Firma Schlottmann & Co. im Streit. Die Veranlassung dazu ist folgende: Die Firma verlangt, daß die Haspler im Accord arbeiten sollen. Das würde bedeuten, daß die Arbeiterinnen noch weniger verdienen würden als das bisher schon der Fall ist. Einmal fehlen die Räume, kann ist wieder einmal kein Mann da und müssen die Arbeiterinnen andauernd nutzlos ihre Zeit verlaufen. Auch den Wirtern will die Firma 15 Prozent abziehen, jedoch ist in dieser Angelegenheit noch kein klares Wort gefallen.

Eine ganz besondere Rolle spielt wieder einmal das Betriebsratsmitglied Frau Gerstmann. Während sämtliche Haspler in den Streit getreten sind, arbeitet Frau Gerstmann, die auch haspelt, weiter. Frau Gerstmann braucht nämlich nicht im Accord zu arbeiten. Bei ihr macht die Betriebsleitung eine Ausnahme, d. h. Frau Gerstmann tritt hier als Streikbrecherin auf. Wir haben dieses feine Betriebsratsmitglied schon vor einem Jahre richtig gekennzeichnet, als sie i. Zt. als der Betrieb wegen Kohlemangel verlorzt arbeiten mußte, den Antrag stellte, die jüngeren Arbeiterinnen zu entlassen. Damals hatte diese würdige Arbeitervertreterin ihren Zweck erreicht. Einer Anzahl jüngerer Arbeiterinnen wurde die Kündigung zugesagt. Arbeiterinnen! Stellt Kolleginnen an eure Spitze, die eure Interessen vertreten und nicht die des Unternehmers nachschmecken.

Zodessturz mit dem Motorrad

Am Sonnabend morgen stürzte in der berühmten Kurve bei Baumhölde der 30jährige Elektromeister Max Pielmann von hier mit seinem Motorrad. Er wurde betäubungslos in das St. Georgs-Krankenhaus in Liegnitz überführt, wo er seinen furchtbaren Verletzungen am Sonntag nachmittag erliegen ist.

Die Genossen der Partei, Rote Hilfe, RFD, Jugend und des Arbeiter-Rüstvereins, die Mitglieder der „Roter Propaganda-Gruppe“ werden wollen, melden sich bis Mittwoch mittag bei der Ortsgruppenleitung der Partei.

Bunzlau

Wahnsinn des Aberglaubens

H. Abgründe tiefster mittelalterlicher Aberglaubens zeigte eine Verhandlung vor dem erweiterten Liegnitzer Schöffengericht gegen die Köpflächter Hugo Giesler und Gustav Kuttner aus Wanglau, die sich wegen Hehlerei zu verantworten hatten. Den Hintergrund der Verhandlung bildeten die jenseitigen Betrügereien des 20jährigen Künstlers Otto Thiemann. Er hatte sich in der heiligen Gegend teils mit hypnotischen Tricks als „Ordnungsmeister“ ausgegeben und sich übernatürliche Kräfte zuschrieben, dank denen er zum Tode

bestimmte Menschen retten und verhegtes Vieh heilen könne. Durch seine verbrecherischen Manipulationen hatte er allein die obergläubischen Eheleute Hübler, die er in Raumburg a. O. kennen lernte, um 2200 Mark Bargeld und lothbare Wertgegenstände betrogen. Besonders hatte er aber den Stellenbesitzern Schürmer in Ober-Groß-Partmannsdorf mitgespielt, die er regelrecht ausgeplündert hatte. Er hat sie um 2200 Bargeld und 2600 Mark Sachwerte, ihren Sohn um 2000 Mark Bargeld betrogen. Das „Zauberwerk“ trönte er in der Nacht zum 10. Juli 1929, indem er um Mitternacht bei den Eheleuten anklopfte und entsetzt schrie: „Um Gottes willen, Euer Vieh ist verhegt! Gebt es sofort heraus, um Unheil zu verhüten!“ Hierauf zog er mit dem ganzen Vieh, drei Kühen und einem Kalb, von dannen, noch mit einer Beiseignung des Ehemannes verheben, daß er das Vieh gekauft habe.

Glogau

„Beleidigungs“prozeß um eine Hausjuchung

Am Sonntag wurden vor dem Glogauer Schöffengericht noch einmal die Vorfälle behandelt, die sich anläßlich der Auflösung des Roten Frontkämpferbundes bei der Hausjuchung in Steinau ereignet hatten. Die „Arbeiter-Zeitung“ brachte darüber einen Bericht, durch den sich die beiden Steinauer Faschisten Langnickel und

„Öeffentliche Fürsorge“ im Kreise Sagan

Die Fürsorgeeinrichtung in Gersdorf wollen wir an einem Beispiel kennzeichnen. Ein Arbeiter, der vor seiner Aussteuerung stand, reichte an die Gemeinde einen Antrag auf Zahlung einer laufenden Wohnhabtsunterstützung ein. Damit seine vierköpfige Familie, also Frau und zwei Kinder, nicht zu wahllos werde, bewilligte man ihm „großzügig“ pro Monat ganze 30 Mark. Dieses in einem nahe der Stadt Sagan gelegenen Dorfe, wo der Rationalismus so oft von sozialem Empfinden quasselt und das Dorf zum Teil von Unterhaltungsabhängigen bewohnt ist und wo der Reiterverein und die Nazis in ihren Versammlungen das Maul bis zum Stechragen über die Not des Volkes aufreißen. Hiermit in Verbindung bringen wir einen viel tolleren Fall, der sich in der Gemeinde Buchwalb zutrug. Dort war es ebenfalls der sogenannte Fürsorgeausschuß, der einem erwerbslosen Kollegen mit fünfköpfiger Familie, also Frau und drei Kinder, ganze 20 Mark pro Monat zusprach. Der Kollege Wittwer protestierte als Ausschußmitglied und erklärte, man soll da von der Gemeinde aus für Arbeit sorgen, damit die erwerbslosen Kollegen auf derartige Bettelepfennige verzichten können. Aber nicht genug, daß man den Betroffenen zumerkt, von 20 Mark mit einer fünfköpfigen Familie zu leben, will man für diese Hungergroßchen noch Pflichtarbeit verlangen. Genosse Wittwer schlug vor,

Hornig, Bürgermeister und Magistrat „beleidigt“ küßten und gemeinsam Strafantrag stellen. Vor einigen Tagen war bereits der Steinauer Genosse Wilde, der einfach als der Verfasser des Artikels bezeichnet wurde, zu her unherhört hohen Strafe von drei Monaten Gefängnis verurteilt. Am Sonnabend wurde nun gegen den verantwortlichen Redakteur unserer Zeitung, den Genossen Thomas-Breslau, verhandelt.

Die Beweisaufnahme ergab, daß die beiden hausjuchenden Beamten — die nebenbei gesagt nicht nur den NSD, „verboten“ hatten, sondern auch gleich die kommunistische Partei dazu — wahllos alles, was ihnen in die Hände fiel, „beschlagnahmen“ hatten: Musikinstrumente, die dem NSD gar nicht gehörten, Freidenkerbroschüren (!), ja sogar einen roten Schloß (alle diese Gegenstände mußten unterdessen wieder herausgegeben werden!).

Die Verhandlung war insofern beachtlich, als sie der Staatsanwalt leitete, und nicht der Vorsitzende; der Staatsanwalt unterbroch die Zeugen, „rüllte“ oder bekräftigte, er griff ein und unterhielt sich mit den Schöffen, kurzum, er war Ankläger und Gerichtsvorsitzender in einer Person. Als er den Genossen Thomas schließlich noch Vorschritten über die Art seiner Aussagen machen wollte, war das diesem dema doch zu viel, und der Herr Staatsanwalt mußte eine Belehrung über seine Befugnisse hinnehmen, die ihn offensichtlich sehr peinlich berührte. Sie genügt ihm, sein republikanisches Temperament zu beruhigen.

Nach einem längeren Schlusswort des Genossen Thomas, in dem er auf das Verbot des NSD, näher einging, wurde er zu 100 Mark Geldstrafe oder zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 150 Mark beantragt.

wenigstens das Ausbessern der Strafe pro Tag mit 3 Mark zu bezahlen. Dies wies der noble Gemeindevorsteher, Gastwirt Neumann, großzügig zurück und erklärte: „Nichts gibt es, gar nichts gibt es!“ Die Zuhörer waren bis zum äußersten empört. Neumann scheint nicht einmal die Fürsorgebestimmungen und Richtlinien zu kennen. Nach der Reichsverfassung Artikel 163 hat jeder Deutsche ein gesetzliches Recht auf Arbeit und Brot oder aber auf eine ausreichende Unterstützung, die in der Fürsorgebestimmung in ihren allgemeinen Richtlinien wie folgt lautet: Der Haushaltungsvorstand pro Monat 32 Mark (Herr Neumann, passen Sie auf!), die Frau 50 Prozent, gleich 16 Mark, und jedes Kind 8 Mark, so daß bei drei Kindern drei Viertel von 32 Mark, also 24 Mark, in Frage kommen, was für dieses Gebiet gilt. Summe 72 Mark. Das hat der Vater der fünfköpfigen Familie zu beanspruchen. Zur Pflichtarbeit nach § 91 des A.B.- und N.B.-Gesetzes heißt es: „Wah 2: Den Arbeitslosen dürfen nur solche Arbeiten zugewiesen werden, die 1. sonst überhaupt nicht oder nicht zu dieser Zeit oder nicht in diesem Umfang ausgeführt werden können; 2. gemeinnützig sind, insbesondere hilfsbedürftigen Personenteilen zugute kommen usw.“ Ein derartiges Verhalten bedeutet weiter nichts, als eine Terror- und Ausbeutung der Massen bis zum Weißbluten.

Macdonalds Blutgericht in Scholapur

„Die Truppen lassen ihrer Mordlust freien Lauf“

Bombay, 17. Mai. In Scholapur, dem Sturmpunkt der indischen Revolution, ist die Lage immer noch äusserst gespannt. Das Standrecht, das nach dem Einzug der britischen Truppen durch die lokalen Militärbehörden verhängt wurde, ist jetzt durch eine Verordnung des Vizekönigs bestätigt worden. Die Order enthält einen Passus, wonach der bis jetzt auf Scholapur beschränkte Ausnahmezustand ohne weiteres auf ganz Indien ausgedehnt werden kann. Der Kommandant der in Scholapur stationierten Truppen ist mit sämtlichen Vollmachten ausgerüstet, um mit größter Strenge alle Unruhen zu unterdrücken.

Entgegen den durch die britische Zensur gelaufenen Berichten stehen alle Fabriken in Scholapur noch still.

Das Dekret ermächtigt die Militärbehörden zur Ergreifung administrativer Maßnahmen, darunter des Verbots der Fahne des indischen Nationalkongresses, des Verbots, nach bestimmten Stunden auf der Straße zu erscheinen, des Rechts auf Erschießen bei Fluchtversuch, des Verbots, Gandhi-Nähen zu tragen, des Verbots, politischen Verhafteten Nahrungsmittel zu übergeben, des Verbots von Versammlungen usw. Die Militärbehörden werden zu Requisitionen von Transportmitteln und des Vermögens sowie zur Mobilisierung zur Zwangsarbeit ermächtigt. Scholapur erhält außer den Zivilgerichten besondere Kriegsgerichte. Die Prügelstrafe wurde eingeführt.

„Entfesselte Mordlust“

Das vom Komitee des Nationalkongresses in Bombay herausgegebene Bulletin, das von der Regierung verboten wurde, veröffentlicht erschütternde Einzelheiten über das Terrorregime in Scholapur. Das Bulletin berichtet, daß die Polizei und die Truppen „ihrer furchtbaren Mordlust freien Lauf lassen“. „Das Gemetzel“, heißt es weiter, „geht vor sich unter dem direkten Kommando des Militärkommandanten Wansair und des Distriktsverwalters Right. Angesichts des Blutbades in Scholapur verblüht der „Black and Tans“ bei der Unterdrückung des Aufstandes in Irland. Wenn das die humanen Prinzipien sind, von denen sich das britische Regime in Indien leiten läßt, dann ziehen wir gern die Moral der Spanen und die Menschlichkeit der Menschenfresser vor.“

Auf Grund dieser Mitteilungen über die Lage in Scholapur wurde das Bulletin auf zwei Monate verboten.

Wachsende Aktivität der Bauern

Bombay, 17. Mai. Die Kampagne der Steuererweiterung greift in den bäuerlichen Bezirken weiter um sich. In

Werttätige Bauern, helft den indischen Brüdern!

Das Europäische Bauernkomitee erläßt einen Aufruf zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Indien, in dem es heißt:

„Die revolutionäre Bauernschaft Europas, die sich auf ihrem 1. Europäischen Bauernkongreß vorbehaltlos mit dem Kampf der unterdrückten Kolonialvölker solidarisierte, begrüßt mit Freuden den Uebergang der Arbeiter- und Bauernmassen Indiens zum aktiven Widerstand und Angriff gegen den Machtapparat des englischen Imperialismus. Sie fordert sofortige Freilassung der verhafteten indischen Freiheitskämpfer, sowie die sofortige Zurückziehung der britischen Truppen und Behörden aus Indien.“

Der indische Freiheitskampf ist für die werttätige Bauernschaft Europas ein gewaltiger Ansporn, um in ihren Ländern an der Seite der Arbeiterschaft den Kampf für die eigene Befreiung vom Joch der imperialistischen Mächte zu steigern. Unser eigener Befreiungskampf ist zugleich die tatkräftigste Unterstützung des Kampfes unserer Brüder in den Kolonien.“

den Provinzen Bengalen und Bihar wurden Beschlüsse auf vollständige Verweigerung sämtlicher Steuern gefaßt.

Die Gandhi-Anhänger wenden in diesen Bezirken alle Ueberredungskünste auf, um die Bauern zur Beschränkung des Steuerstreiks auf die Ueberwachungsstage zu bewegen, während sie in anderen Bezirken, wie zum Beispiel Gujerat, zur Verweigerung aller Steuern auffordern. Die Ursachen dieser zweipoligen Haltung der Gandhi-Anhänger sind darin zu suchen, daß in Gujerat die Steuern direkt von den britischen Behörden, in Bengalen und Bihar dagegen durch die indischen Grundbesitzer eingezogen werden.

Terror gegen indische Eisenbahner

Bombay, 16. Mai. Hunderte von Arbeitern der großen indischen Eisenbahn, die am Streik teilgenommen haben, sind obdachlos geworden. Die Ermittlung wird mit großer Härte vollzogen. Nach einer Meldung aus „Bombay Chronicle“ sind 29 000 Arbeiter, die sich am Streik beteiligt haben, entlassen worden.

18 Kommunisten in Nudun hingerichtet

Schanghai, 17. Mai. Wie aus Nudun gemeldet wird, wurden auf Befehl des Marschalls Tschanghsuiliang 18 Kommunisten am Freitag standrechtlich erschossen. Den in Tschanghsuiliang verhafteten Revolutionären wurde das „Verbrechen“ des Hochverrats gegen die Regierung der Mandschurei und ein Anschlag auf das Leben des Mandchener Herrschers vorgeworfen.

Die verschiedenen Gewalttäter in China sehen mit Schrecken den grandiosen Vormarsch der Revolution, die nachwolle Entwicklung und Ausbreitung der Sowjetgebiete. Sie ahnen ihr historisches Schicksal und versuchen durch den grausamsten und blutigsten Terror die Entfaltung der revolutionären Bewegung in ihren Gebieten aufzuhalten. Unmöglich! Für einen erschlagenen oder erschossenen Revolutionär stehen Hunderte geflüchtete chinesische Arbeiter und Bauern neu vor, die gefallenen Kämpfer zu rächen. Die leidenschaftlichen Sympathisanten des internationalen Proletariats gehören den Märtyrern der chinesischen Revolution!

Rote Truppen vor Wuhau

Peking, 16. Mai. Sechs kommunistische Truppenteile rücken nach Wuhau vor. Mehrere tausend Kommunisten besetzen eine kleinere Stadt, 30 Kilometer westlich von Hankau. Aus den von den revolutionären Truppen besetzten Bezirken sind 50 000 Flüchtlinge: Regierungsbeamte, Gutbesitzer, Kaufleute mit ihren Familien in Hankau eingetroffen.

Vom Kriegsschauplatz in China

London, 16. Mai. Ueber den Generalkrieg in China treffen einander widersprechende Nachrichten ein. Aus Nanking wird gemeldet, daß die Truppen Tschanghsuiliangs nördlich und südlich der Lunghai-Eisenbahn an der Grenze von Kiangsu und Honan wichtige Erfolge erzielt. Die Stadt Tschanghsu sei eingenommen worden. Bei Putschau seien 10 000 Gefangene gemacht und 7000 Gewehre erbeutet worden. Das Hauptquartier des Zweiten Armeekorps sei nach Tangschau (Kiangsu) vorgeschoben worden. Im Süden sollen die Nanking-Truppen Sintschau eingenommen haben, das etwa 250 Meilen von Kanton entfernt liegt und einer der wichtigsten Stützpunkte der Truppen Hens war.

Die Peking-er Meldungen des Generals Yen besagen dagegen, daß bisher noch gar keine großen Kämpfe stattgefunden

„Mit dem Schwert...“

London, 17. Mai. Johnson Hicks, Innenminister der ehemaligen Baldwin-Regierung und frommer Kirchenliedersänger, erklärte zum Vorgehen Englands in Indien:

„Wir haben Indien nicht erobert zum Nutzen der Indier. Ich weiß, daß auf Missionsstundgebungen (1) gesagt wird, daß wir Indien erobert haben, um die Lebenslage der Indier zu verbessern. Das ist Schwindel. (1) Wir eroberten Indien durch das Schwert und durch das Schwert werden wir es behaupten.“

London, 17. Mai. Die „Morning Post“ schreibt zur Lage in Indien: „Das britische Imperium war niemals in einer größeren Gefahr als jetzt. Bei dem gegenwärtigen Stand unserer Finanzen und unserer Industrie, und angesichts der Ereignisse in Indien ist es sinnlos, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen.“

Am 24. Mai veranstaltet Großbritannien, mit Macdonald an der Spitze, einen „Tag des Imperiums“. Dieser Tag wird zu einem großen nationalen Kummel ausgefaltet, um Enthusiasmus zu wecken für das Regime der Unterdrückung und des Blutterrors.

Die britischen Arbeiter und die ausländischen Arbeiter in Indien werden diesen Tag in einen „Marsch der Unterdrückten“ Tag verwandeln, und der englischen Bourgeoisie zum Bewußtsein bringen, auf welche hohen Füßen ihr Unterdrückungsregime bereits steht.

haben und daß eine Division Nankingtruppen in Schantung zu ihnen übergegangen sei und die Regierungstruppen in Nordschantung abgeschnitten habe.

Telegramme aus Nanking kündigen die Ernennung Marschall Tschanghsuiliangs, des Beherrschers von Nudun, zum stellvertretenden Generalkommandanten der Regierungstruppen an, während von den nördlichen Führern behauptet

Die „Internationale“ in der indochinesischen Kaserne

Paris, 16. Mai. Die „Humanité“ meldet aus Hanoi, daß die Musiker eines Truppenregimentes bei einem Appel statt des vorgeschriebenen Marsches plötzlich die „Internationale“ spielten.

Diese neue Gehoramsverweigerung indochinesischer Soldaten ist ein Beweis für den unüberwindlichen Kampfesmut der Kolonialkassen.

Die Repressalien des französischen Imperialismus in Indochina gehen ununterbrochen weiter. Unter den zahllosen Verhaftungen der letzten Tage muß jene von Dao-Trang-Nghep hervorgehoben werden, der beschuldigt wird, politische Morde und Mordversuche organisiert und am 10. Februar in Hanoi Bomben gemworfen zu haben.

In den Rebellendörfern des Bezirkes Cat-Ngam, in denen am 1. Mai zahlreiche rote Fahnen flatterten, soll „die Ordnung“ wiederhergestellt werden. Bis jetzt wurden bei den Repressalien fünf Eingeborene getötet.

Das internationale Proletariat muß seine Protestaktion zur Rettung der mit dem Tode bedrohten 39 anamitischen Revolutionärkämpfer verstärken.

Zehn Pariser Kommunisten, die in den Kasernen von Paris Exemplare der Zeitung „Maingarde“ verteilt hatten, wurden zu je zwei Jahren Gefängnis und 3000 Franc Geldstrafe verurteilt.

Der Nachfolger Kutjeps, General Miller, ist in Prag eingetroffen. Der Aufenthalt Millers in Prag dient dem Zweck, alle weißgardistischen Kräfte in der Tschekoslowakei zusammenzufassen.



Copyright by Agis-Verlag, Wien-Setina.

57. Fortsetzung

„Wünscht sonst noch jemand das Wort?“
Da meldet sich der Genosse mit dem Bleistift und dem Bloch.
„Genossen! — Ich — spreche — hier — für — die — Fraktion — Liebknecht!“

„Na ja, das alte Lied!“
„Jawohl, Genossen, wir anerkennen — darin sind wir mit Lenin einig — in Deutschland nur eine Fraktion Liebknecht! — und haben uns mit den Anschauungen der Arbeitsgemeinschaft jachlich auseinanderzusetzen. Nur die klare Herausarbeitung der Gegenläufe kann Klarheit schaffen über Weg und Ziel der Arbeiterbewegung nach diesem tiefen Fall. — Das als Vorbemerkung.“

Nach einer kurzen Pause fährt er fort.
„Genossen, der Vordredner hat ganz offen, und der Referent verflucht die Fraktion Liebknecht des Verrats am Proletariat beschuldigt, trotzdem dafür jeder Beweis fehlt. Um Großes zu vollbringen, muß man gewiß begeistert sein, — aber blinde Begeisterung, die nicht mit schärfstem Blick für die Klassenlage gepaart ist, führt in jene Zusammenbrüche, von denen der Krieg nur ein Beispiel ist. Und nun zur Sache:
Wir müssen festhalten an der alten sozialistischen Erkenntnis, daß dieser Krieg nicht nur ein Werk von bösen Männern, von Kriegsmachern ist. So richtig es ist, daß diejenigen, die die Fackel ins Pulverfaß schleuberten, den Aufstakt gaben für das Weltgemetzel, so richtig ist es auch, daß die Regierungen und Diplomaten der herrschenden Klassen nur ausführende Werkzeuge der herrschenden Klasse sind. Der Krieg ist nichts weiter als die Fortsetzung der kapitalistischen Politik mit anderen Mitteln!
Die kapitalistische Produktionsweise entwickelt sich nach be-

stimmten geschichtlichen Formen. Der Kleinbetrieb weicht dem Großbetrieb, der einzelne Großbetrieb der Aktiengesellschaft. Die große Industrie vermehrt die Herstellung von Waren in immer rasenderem Tempo. Der Konkurrenzkampf um den Absatz auf dem Weltmarkt, der Kampf um den Platz an der Sonne, die Epoche des Imperialismus beginnt.

Abfasskudungen entstehen, das Proletariat muß feiern und hungern, weil es zu viel Waren erzeugt! Die Privateigentumsordnung erreicht jene historische Stufe, wo aus der Krise die Katastrophe wächst!

Der Profitordnung droht der große Zusammenbruch. Jede nationale Kapitalmacht sucht nach dem günstigen Zeitpunkt, um durch Koalition mit anderen Mächten den gordischen Knoten mit Eisen und Blut zu durchschlagen; sich durch die Niederwerfung der imperialistischen Rivalen die nötige Bewegungsfreiheit zu verschaffen. Der Zeitpunkt ist da, wo das Weltproletariat der reichenden Bestie in den Arm fallen, der Sozialismus Fleisch und Blut werden muß!“

„Hier, Genossen“, fährt der Redner fort, „wo zwei Welten zusammenstoßen, wo sinkender Patriotismus, Aufstachelung niedrigster Instinkte, Lüge und Gemeinheit doch nur Mittel sind, um das Proletariat von der Grundfrage abzulenken, tut nur der feine Pflicht dem Proletariat gegenüber, der ihm die ganze ungeschminkte, nackte Wahrheit sagt. Hier hört jede Taktik“ auf. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder!

Diese Pflicht haben Liebknecht und Genossen getan! Wenn sie deswegen Verräter sein sollen, dann werden sie den Vorwurf tragen wie wir, in der Erkenntnis, daß die Zeit kommen wird, in der Proletariat, die vorgeben, für den Sozialismus zu kämpfen, nicht mehr einstimmen werden in den Choral der patriotischen Meute!

Darum, Genossen, — kennen — wir — nur — eine — Fraktion — Liebknecht!“

Der Redner macht eine Pause; die Stimmung scheint umzuwälzen. Eine fühlbare Spannung liegt in dem dunklen Raum.

Auch Franz wird versöhnlicher: „Nach nicht so lange, Karl“, legt er in kameradschaftlichem Ton; „das ist doch gewesen, wozu v.a. Kamellen immer wieder aufwärmen!“

Karl scheint gefunden zu haben, was er suchte, und fährt fort: „Nein, Genosse, das ist nicht gewesen, das ist noch!“

„Ich habe hier eure Begründung für die Verweigerung der Kriegskredite, daß Deutschlands Grenzen nun ‚frei vom Feinde‘

seien! Wenn das maßgebend ist, dann können wir uns darauf gefaßt machen, daß ihr bei der nächsten besten Gelegenheit — wenn die deutsche Heere eine Schlappe erleiden und über die Grenzen zurückgehen müssen — wieder in die patriotische Front einschwenkt. Ihr steht — laut eurer Begründung — nicht auf dem Boden des internationalen Klassenkampfes, sondern macht eure Taktik abhängig von dem Kriegslück der deutschen Regierung. Eure Stellung zum Krieg und Frieden ist keine proletarisch-revolutionäre, sondern eine bürgerlich-pazifistische. Unserer Meinung aber ist, daß der kapitalistische Frieden nur auf dem Rücken des Proletariats möglich ist, genau so wie der imperialistische Krieg. Der proletarische Frieden aber ist nur möglich durch die Revolution! Torheit das Proletariat in den Frieden hinein, wie es in den Krieg hineinstorzelte, bezahlt es die Folge dieses Friedens vielleicht mit noch gewaltigeren Opfern an Gut und Blut.

Es ist der große Irrtum des Pazifismus, daß er den untrennbaren Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus nicht sehen will. Eine solche Taktik, die nicht von den großen historischen Zusammenhängen ausgeht, dient nicht der großen Aufgabe der Internationalisierung der proletarischen Gedankenwelt, sondern bleibt in ‚nationalen Belangen‘ stecken, und gerichtet die internationale Solidarität der Arbeiter. Sie erschöpft sich in der rabulalen Phrase.“

Der Vorsitzende klingelt leise; Karl versteht den Wink und bemerkt: „Ich bin gleich am Schluß; nur einige Bemerkungen zu den Ausführungen bezüglich der Meinungsverschiedenheit zwischen der Fraktion Liebknecht und der Gruppe Internationale.“

Die Tatsache, daß nicht nur die Partei, sondern auch die Werkstätten fast ausnahmslos und mit fliegenden Fahnen in das Lager des Imperialismus überliefen oder in pazifistischer Resignation stecken bleiben, hebt die Frage von Führer- und Massen in ein neues Licht. Wir haben die Pflicht, aus den Erfahrungen zu lernen; zu begreifen, daß neuer Inhalt der proletarischen Aktion auch andere organisatorische Formen bedingt. Wo eine Welt zusammenbricht, gibt es der Armees der proletarischen Klasse, die mühsam ihre verprengten Kräfte sammelt, mit Rat und Tat beizustehen, ihrer Aktion Inhalt und Formen zu geben, wie dies die konkreten Verhältnisse bedingen. Die alten Formen der Arbeiterbewegung sind von Seelen des Klassenkampfes zu Hüllen geworden. Welche anderen Formen der Kampf sich schaffen wird, wird die Zukunft erweisen.

(Fortsetzung folgt)

Oberschlesien

Wohnungsbaubantrott in der Stadt des „Netters“

Kommunisten fordern Hilfe für die Hinterbliebenen der Grubenopfer — Franz deckt das Grubenkapital — Auch SPD. gegen billigen Arbeiterwohnungsbau — Zuhörerraum mit dem Polizeiknüppel geräumt

Hindenburg. Zu Beginn der Stadtverordnetenversammlung brachte die kommunistische Fraktion einen Dringlichkeitsantrag auf Bewilligung von 5000 Mark für die Hinterbliebenen der Grubenkatastrophe auf Concordiagrube ein. Genosse Gwosdz, Betriebsratsvorsitzender der Luisengrube, stellte hierauf die wahre Ursache dieses Bergarbeitermordes und wies hierauf hin, daß die Verwaltung die Schuld an diesem ungeheuerlichen Unglück treffe. Oberbürgermeister Franz schloß sich dem an, die Grubenverwaltung zu decken. Er erklärte, daß die Verwaltung keine Schuld daran habe. Auch sprach er sich gegen die Bewilligung der geforderten Unterstützungssumme aus. Der Antrag fand trotzdem Annahme.

Genosse Paris gab für die Fraktion eine Erklärung zu der Verteilungslampagne des sozialfaschistischen Sudetensenders, des „Völkischer Tagesblattes“, ab, in der er feststellte, daß sich die Arbeiterbewegung zu den Behauptungen, die Kommunisten hätten vor der Wählerwahl mit dem Zentrum verhandelt und Geld bekommen, nicht gefügt habe. Die in der „Arbeiter-Zeitung“ getriebene Falschmeldung, daß die Sozialfaschisten ganz elende Verleumdung, ist hierdurch nur widerlegt worden.

Der Magistrat brachte eine Vorlage ein, wonach die Oberbürgermeisterin als Haushaltungsschule eingerichtet werden sollte. Vor der Sitzung fand eine Besichtigung der Villa statt. (Ueber die luxuriöse Ausstattung der Villa werden wir noch berichten.) Damit wollte der Magistrat den Stadtverordneten die Vorlage schmählich machen. Die Kommunisten hatten ihren Antrag wiederum eingebracht, wonach die Villa sofort in ein Kindererholungsheim eingerichtet werde. Genosse Parismann begründete den Antrag und führte Zahlen über das ungeheure Kinderelend in der Stadt an. Von 18000 Volksschülern sind selbst nach der letzten Statistik 40 Prozent der Kinder krank und bedürfen der Erholung. Und dieserhalb fordern die Kommunisten die Villa für diesen sozialen Zweck. Ohne viel Kosten könne sofort mit der Benutzung des Hauses begonnen werden. Die SPD. beantragte, die Villa für ein Altersheim zu verwenden. Den kommunistischen Antrag hatten sie mit Niederlagen. Der kommunistische Redner stellte auch hier auf dem Podium fest, daß, wenn Franz in die Villa nicht hinein gehen will, dies nur ein geschicktes Manöver sei. Er wird über kurz oder lang eine Dienstwohnung fordern, die der Stadt nicht geringe Unannehmlichkeiten verursachen wird. Der nationale Ordnungsbund — besser bekannt als die Ordnung — stellte den Antrag auf nachträgliche Prüfung des Verwendungszweckes und Vertagung der Vorlage. Es ist auch so entschieden worden. Damit hat die Mehrheit der

Stadtverordnetenversammlung offen gezeigt, daß sie zur Einberung des Kinderelends nichts übrig habe.

Die am 11. April verlagte Beratung des diesjährigen Wohnungsbauprogramms fand in dieser Sitzung statt. Wenn es nach dem Wunsche des bürgerlich-sozialdemokratischen Blocks gegangen wäre, so hätte man sehr schnell die Beratung über das brennende soziale Problem der Stadt des „Netters“ abgewirgt. Der Stadtverordnetenvorsteher und Polizeikommissar Siara verfuhr mehrere Male den kommunistischen Redner in seiner anklagenden Rede gegen diesen kapitalistischen Staat und seine Kommune zu unterbrechen. Genosse Paris machte längere Ausführungen zum Wohnungsbauprogramm. Die den Stadtverordneten vorliegende Denkschrift des Magistrats ist eine völlige Fälschung und eine ungenügende Darstellung der Lage. Der Stadtbaurat mußte ungenügend diese wahre Tatsache selbst unterstreichen. Nachdem er die Fragen des Wohnungsbaues behandelt hatte, stellte Genosse Paris fest, daß in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung das Wohnungsproblem eine Begleiterscheinung desselben ist und daß erst das Wohnungsproblem in der sozialistischen Ordnung gelöst werden wird. Die Tausende Wohnungsuchender mögen ihre Illusionen, sie würden in Kürze wohl eine anständige Wohnung erhalten, begraben und deshalb mithelfen an dem Sturz dieser korrupten faulen Gesellschaftsordnung.

Der kommunistische Antrag zum Wohnungsbauprogramm verlangte, sämtliche Mittel aus Anleihen und aus der Hauszinssteuer zur Förderung des kommunalen Wohnungsbaues zu verwenden und daß ab jetzt jede zu erstellende Arbeiterwohnung mit 6000 Mark Hauszinssteuerhypothek bezugsfähig wird, um einigermaßen tragbare Mieten zu erzielen. Der erste Teil des Antrages wurde mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der zweite Teil fand Annahme. Praktisch liegen die Dinge aber so, daß der Magistrat die für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Mittel bereits aufgeteilt hat. Die Sozialdemokraten haben diesen Zustand mitverschuldet. Die wertvolle Mieterkategorie muß in einer geschlossenen Front den Mietwucher der Regierung und des Magistrats, der „Devoq“ usw. bekämpfen. Nur so wird es ihr möglich sein, Verbilligung der Mieten zu erreichen.

Wir hatten schon in der vorigen Nummer den Polizeiterrord gegen die SPD-Fraktion mitgeteilt. Der Vorsteher und christliche Gewerkschaftsleiter ließ hierbei auch den Zuhörerraum mit dem Polizeiknüppel räumen. Unter schärfstem Protest gegen die bürgerlich-sozialfaschistische Meute verließen die Zuhörer den Saal.

Sprachen auf Durchführung von Heilverfahren abgezeigt die Statistik der Invalidenversicherung:

A. Zahl der Anträge vom 1. Oktober bis 31. Dezember	19
Anträge auf Lungenheilverfahren	137
Anträge auf andere ständige Heilverfahren	271
Anträge auf nicht ständige Heilverfahren	761
Anträge auf Kinderheilverfahren	101
Gesamtzahl der Anträge	1274
B. Zahl der Einweisungen vom 1. Oktober bis 31. Dezember	192
In Heilanstalten für Tuberkulose oder Tuberkulosegefährdete	148
In sonstigen Anstalten (Sanatorien, Bädern usw.)	235
Gesamtzahl der Einweisungen	383

Nach den Forderungen der Unternehmerverbände Mittel völlig gestrichen werden.

In der Angestelltenversicherung, die gegen Vermögen von 1,8 Milliarden angesammelt hat, wurden gestellten Anträgen auf Heilverfahren nur 45.221 bewilligt.

In den Kommunen ist mit dem Abbau der Gesundheit verfahren worden. Dem „Wunsche“ der Unfähigen hat man dort schon praktisch Rechnung getragen, der wertvollen Bevölkerung. Der Gesundheitszustand schiefen und vor allem im Industriegebiet ist derartig, daß selbst die bürgerlichen Ärzte dies nicht mehr verkraften können. Die Gesundheitsstatistik, die eher den schrecklichen Zustand ist eine scharfe Anklage gegen Staat und Kommunen.

Waffenterror in Polen. In Nowo-Szeg (Galizien) großer Prozeß gegen 40 Mitglieder des legalen polnischen Verbandes. — In Warschau wurde ein bekannter Freie Jan Hempel, durch die Polizei verhaftet.

Neue Verhaftungen in Westpreußen. Aus Grotz 20 neue Verhaftungen von Weizsäcker gemeldet. Die Grotz schreibe dazu triumphierend: „Das nun wohl bald Ordnung von aufrührerischen Elementen befreit sein werde“

Für die kommunistische Partei ins Zuchthaus. Wegen seit zur kommunistischen Partei Wollens wurden in Grotz Arbeiter zu Zuchthausstrafen von zwei bis vier Jahren Inhaftation wurden in diesem Terrorprozeß 18 Jahre 31 verhängt. — In Lodz wurde der 22jährige Arbeiter Sz 7. November vorigen Jahres vor einer Fabrik eine Rede gehalten hat, zu zwei Jahren Zuchthaus und die rührige Bildhauer-Polizei bemüht sich inzwischen kommunistische Zuchthauskandidaten herbeizuschaffen. So wurden dieser junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die einem Auszug nach der Beschuldigung, eine staatsfeindliche Versammlung abgehalten, in einem Wäldchen bei Lodz verhaftet.

Gleiwitzer SPD-Parlamentsfraktion fordert Arbeitsbeschaffungs-Programm

Zuchthausordnung in Kraft — 30 Schupfisten belagerten das Rathaus

Bei der üblichen Versammlung von einer halben Stunde traten die Stadtverordneten in die Beratung ein. Nachdem der Stadtverordnetenvorsteher zu einem Bierabend eingeladen hatte, und noch weitere Erklärungen vortrug, ergriff Genosse Behr das Wort zur Zuchthausordnung. Genosse Behr rügte, daß der Vorsteher, anstatt zu Beginn der Sitzung der Todesopfer von der Concordiagrube und der Concordiagrube zu gedenken, Vorträge über Bierabende hält. Von Seiten der kommunistischen Fraktion wurde ein Antrag gestellt, für die Hinterbliebenen der Todesopfer beider Gruben den Betrag von 2000 Mark zu bewilligen. Dieser Antrag wurde später in dieser Form abgelehnt und lediglich beschlossen, sich an einer Hilfsaktion zu beteiligen.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung ergriff Genosse Walter das Wort und forderte, daß das Inkrafttreten der Kaufordnungsverordnung auf zwei Monate ausgesetzt wird. Er führte unter anderem aus, daß der Magistrat jetzt dazu übergeht, die kommunistischen Stadtverordneten mundtot zu machen. Der Magistrat hat unter anderem dem Genossen Behr ein Schreiben zugesandt, in welchem ihm die Kündigung angedroht wird, weil er in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag stellte, den Oberbürgermeister Dr. Geisler, Stadtkammerer Dr. Barlo, Städtedirektor Rajuscha und Oberinspektor Paris ohne Pension zu entlassen.

Bei der Wahl des Stadtverordnetenvorstehers zeigte sich wieder die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. Der Baumeister Kucharz (Zentrum) wird vorgeschlagen. Die Kommunisten stellen diesem Kapitalknecht den Genossen Behr als Gegenkandidaten gegenüber. Kucharz erhält 34, Genosse Behr 5 Stimmen. Mit dem üblichen Schmutz wird Kucharz als Vorsteher begrüßt. Die Kommunisten rufen ihm zu, daß das Herbeiholen von 30 Schupfisten kein ernstes Werk sei.

Nachdem der Magistrat erklärte, daß er nicht in der Lage sei, dem Stadtverordnetenvorsteher, wonach den in der Concordiagrube beschäftigten Arbeitern die Miete nicht mehr vom Lohn abgezogen werden darf, beizutreten, ergriff Genosse Walter das Wort und forderte, daß es beim alten Beschluß bleibt. Es wird demnach so beschlossen.

Zu den Etatüberschreitungen für die Droszka-Regulierung um 11000 Mark und der Herstellung der Schwermetallgrube um 10000 Mark sprach Genosse Behr und stellte fest, daß der Magistrat die Arbeiten gewöhnlich dem billigen Bewerber gibt. In Ausnahmefällen entscheidet das Parteizentrum. Durch derartige Maßnahmen werden denn die Überschreitungen zu einer Regel. Die Überschreitungen werden gegen die Stimmen der SPD. genehmigt.

Für den Bau von 171 reichbelegten Wohnungen werden seitens der Stadt pro Wohnung 1200 Mark bewilligt. Genosse Behr verlangt in einem Antrage, daß der Bau des Krabenkowitzs sofort eingestellt wird und die dazu aufzuwendenden Mittel in Höhe von 800000 Mark dem Wohnungsbau zugewendet werden. Dieser Antrag wurde bereits schon einmal von den Kommunisten gestellt und vom Plenum einstimmig angenommen. Der Magistrat hat aber hinter dem Rücken der Stadtverordneten die Arbeiten vergeben. Dieser Dringlichkeitsantrag fand keine Unterstützung und kommt auf die nächste Tagesordnung.

Die Genehmigung der Jahresrechnung und der Etatüberschreitungen aus dem Jahre 1924 brachte die ungeheuerlichsten Mängel bei Ordnung und Sorgfalt in den städtischen Kassen zutage. Hunderte Liter Tinte sind in einem Jahre verbraucht worden. Nach dem ganzen Geschäftsgang kann man bald zu dem Schluß kommen, daß die Rechnungen und Kassen Tinte gefressen haben. Die Kommunisten verlangten auf das Schärfste, daß der Magistrat ernstlich dazu

übergehen solle, die Jahresrechnungen und Etatüberschreitungen aus den Jahren 1925 bis 1929 schnellstens dem Plenum vorzulegen.

Während der Sitzung fand eine Besprechung des Magistrats mit dem Arbeitslosenrat statt, in welcher der Oberbürgermeister mit seinem üblichen Treib die Arbeitervertreter zu beschwichtigen versuchte. Nachstehender Dringlichkeitsantrag wurde nicht behandelt und soll aber auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden:

„Die vom Magistrat erlassene Sperrfrist, wonach die ledigen Wohnungsbewerber keine Unterbringung mehr erhalten ist ab sofort aufzuheben.“

1. Die Unterbringung wird in der vollen Höhe rückwirkend weitergezahlt.
2. Die Pflichtarbeit ist sofort einzustellen.
3. Eine Wirtschaftsbefreiung für alle Sozialhilfebedürftigen.
4. Aufstellung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung. Hierfür wird eine Auslandsanleihe in Höhe von 10 Millionen Mark aufgenommen.“

Abbau der Gesundheitsfürsorge

Die Reichszuschüsse für die Gesundheitsfürsorge in der Invalidenversicherung sollen im Etat 1930 entsprechend den Vorschlägen der Müller-Regierung von 40 Millionen auf 20 Millionen herabgesetzt werden. Sie heute schon die Kranken Proletariat mit ihren An-

Jugendgenosse!

Hat deine Zelle oder Ortsgruppe zum Jugendtreffen Pfingsten in Hagenholz schon Stellung genommen? Nur 3 Mark benötigt jeder Teilnehmer.

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 18. bis 25. Mai
Montag, 20 Uhr
Roberte Vetterly
Dienstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie F 19
Schuld und Ehre
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie G 19
Mons Lisa
Donnerstag, 20 Uhr
Zu Wagner's Geburtstag (22. Mai 1813)
Zauberflöte und der Sängerkrieg auf Wartburg
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 19
Die Schwalbe
Samstag, 20 Uhr
Nelken
Sonntag, 19.30 Uhr
Erstes

Geld auf Pfänder

Leihhaus Rose
Breslau, Friedr.-Wilhelm-Str. 67
u. Bräuerstraße 24

Jedermann ein eigenes Motorrad

- BMW - 500 u. 750 ccm, bis 12 Monate Abzahlung Anzahlung von Mk. 45
- Zündapp - 200 und 300 ccm, bis 12 Monate Abzahlung Anzahlung von Mk. 18
- Schüttoli - 200, 300, 350 u. 500 ccm, b. 15 Mon. / Anzahlung von Mk. 17
- Ardie - 200, 350, 500, 750 u. 1000 ccm, b. 12 Mon. / Anzahlung von Mk. 27
- TN - 350 und 500 ccm, bis 12 Monate Abzahlung Anzahlung von ca. Mk. 30
- NT - 200, 300, 350, 500 u. 600 ccm, bis 15 Monate / Anzahlung von ca. Mk. 20

andere Spezialmarken zu günst. Teilzahlungsbeding
Kostenlose u. unverbindliche Auskunft sowie Pros
erhältlich im Motorrad - Spezialgeschäft

Kraftfahrzeug-Zentrale Hindenburg

Robert Kudla

Hindenburg OS.

Kronprinzenstraße 219 Telephone

Schauburg Ebertstraße 16 Diese Woche: Der bisher größte Ufa-Film „Der blaue Engel“ Ein Tonfilm der Erich Pommer-Produktion der Ufa mit Emil Jannings und Marlene Dietrich Das Erlebnis für jeden!	Beuthen Kammer-Lienspiele Richard Tauber singt in seinem ersten deutschen Groß-Tonfilm „Ich glaub' nie mehr an eine Frau...“ Ein Tonfilm in deutsch. Sprache Ein außerordentlich starker Erfolg
Intimes Theater Ein Film o! abenteuerlicher Begebenheiten Die Nacht vor dem Tode Die Geschichte einer großen Liebe 2. Film Mit Amundsen im Luftschiff zum Nordpol Aufnahmen von der Sturmfahrt und Zerstörung d. „Norge“	Jvan Petrovic in seinem neuesten Großfilm Liebe und Champagner 7 lustige Akte nach dem Tango Ich möchte Dein kleine Frau sein 2. Film Tom Mix Der galante Kavalier